

Der Deutsche Metallarbeiter

Wochenschrift des Christlichen Metallarbeiterverbandes Deutschlands

Nummer 3

Duisburg, den 18. Januar 1930

31. Jahrgang

Klare Fronten und Forderungen für 1930

II.

Mir haben in der vorigen Nummer unseres Organes vier Fragen kurz skizziert, deren Lösung wir für besonders vordringlich im Jahre 1930 halten. Das sind die Fragen der Festigung und des Ausbaus des Arbeitsrechts, der Festigung der Sozialversicherung, der Klärung der Lohnpolitik und der Inangriffnahme des Preisabbaus. Diese Punkte interessieren die Arbeiterschaft zunächst, womit nicht gesagt sein soll, als ob die nun folgenden Punkte etwa weniger wichtig für die Arbeiterschaft wären. Man wird in der Bewertung kaum einen Unterschied machen können; zudem greifen alle Fragen so ineinander, sie sind so eng miteinander verbunden, daß man sie kaum als Einzelfragen betrachten, sondern sie stets im Gesamtzusammenhang sehen muß.

Das gilt auch für die Fragen und Forderungen, die wir nunmehr behandeln. Wir betonen dabei, daß auch über diese Gegenstände besondere Artikelreihen folgen, um unseren Kollegen die Möglichkeit zu geben, von allen Seiten aus die Probleme zu sehen und ihre Schlussfolgerungen daraus zu ziehen.

Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist eine der wichtigsten Aufgaben, die dem deutschen Volke aufzuerlegt ist. Die Zahlen der Erwerbslosenstatistik, der Haupt- und Krisenunterstützten einschließlich der Sonderfürsorge, geben nicht einmal ein vollständiges Bild. Klarer wird die Angelegenheit, wenn man die Zahl der Arbeitsuchenden auf sich einwirken läßt.

Ende November hatten wir bereits 2 100 910 Arbeitsuchende in Deutschland, für die ganze 14 977 offene Stellen da waren. Also auf 147 Arbeitsuchende eine offene Stelle. Erschreckende Tatsachen!

Für das rhein.-westf. Industriegebiet zeigen gerade die angegebenen Zahlen, wie stark die Zahl der Arbeitsuchenden die der Unterstützten übersteigt. In der Nordwestlichen Gruppe weist die Belegschaft von Anfang Juli bis Anfang November einen Rückgang von 12 600 auf (219 800 auf 207 200). Der Arbeitsmarkt insgesamt zeigte folgendes Bild im

rheinisch-westfälischen Industriegebiet:

	Hauptunterstützungsempfänger. Waisenunterstützung, Sonderfürsorge	Arbeitsuchende				Zusammen
		Produktionsgüterindustrien	Verbrauchsgüterindustrien	Sonstige Industrien	Gattungsindustrien	
Okt. 1928	143 413	55 814	23 936	43 551	95 640	218 941
Juli 1929	141 455	53 064	26 964	49 942	99 862	229 832
August	137 154	51 623	26 668	49 127	100 980	228 408
Sept.	141 352	53 299	27 277	49 543	102 813	232 932
Oktober	153 839	56 917	27 811	53 053	109 160	246 941
Nov.	177 394	—	—	—	—	—

Das sind ohne Zweifel erschütternde Zahlen. Nun sagt man, diese Arbeitslosigkeit sei ein Weltproblem. Man weist darauf hin, daß Amerika, das seit Kriegsende eine Krise großen Ausmaßes nicht gekannt habe, dauernd zwischen 1,5 bis 4 Millionen Erwerbslose habe. Das gleiche treffe auf England zu mit einer dauernden Erwerbslosigkeit von einer Million Menschen. Aber das Wichtigste wird dabei vergessen, nämlich, daß diese Arbeitslosigkeit wesentlich reiche Länder trifft, denen die Mittel zur Behebung in reichlichem Maße zur Verfügung stehen, während wir ein durch Krieg und Reparationen ausgepowertes Volk sind, das eine solche Arbeitslosigkeit viel stärker fühlen muß. Ueber die Mittel zur teilweisen Behebung der Arbeitslosigkeit und unsere Forderungen an Staat und Wirtschaft werden in unserm Organ unser 2. Verbandsvorsitzender Kollege Schmitz und Kollege Kleinschmidt vom DSD. sich äußern.

Die Festigung der deutschen Industrie ist eigentlich die Basis aller Fragen, mit denen wir uns zu beschäftigen haben. Das Unternehmertum sagt Jahr für Jahr seine gleichen Worte: Kapitalmangel, zu langsame Kapitalbildung, übermäßige Steuer- und Sozialbelastung. Damit kommt man dem Wesen dieser ganzen Krise nicht mehr bei als mit der so oft vertretenen, aber auch nur relativ richtigen Kaufkrafttheorie, wie sie häufig auf Gewerkschaftseite zu finden ist. Selbst auf die Gefahr hin, für „Keher“ gehalten zu werden, muß es doch einmal gesagt werden, daß die stete Verkündung der Kaufkrafttheorie zu leicht dahin führt, in ihr den Stein der Weisen zu erblicken, woraus alle Rettung kommen soll, während aus ihrer Durchführung nur ein Teil — und vielleicht nicht mal ein großer Teil — wirtschaftlicher Sorgen von uns genommen werden könnte. Ob es wirklich wahr ist, daß man nur durch gesteigerten Güterverbrauch — wie es die Kaufkrafttheorie will — wirtschaftlich stärker und gesunder wird, darf großen Zweifeln begegnen. Auch über diese Fragen und ihre Zusammenhänge wird sich die Kollegenschaft noch eingehend aussprechen müssen. Nichts ist gefährlicher für sie, als unbestimmten und vagen Schlagworten nachzujagen, deren Durchführung in unendlichen Fernen liegt. Wenn man aber einem Grundübel der deutschen Wirtschaft nachgeht, so ist es der Fehler in der Kapitallenkung und Kapitalverwendung, die die Differenz zwischen Kapitalbedarf und Kapitalangebot nicht genügend berücksichtigt haben. Es dürfte eine weitere Einschränkung der Anlagetätigkeit, also des Kapitalbedarfs, vorläufig kaum vermeidbar sein. Dabei muß ausgesprochen werden, daß wir auch in der Wirtschaft lernen müssen, Rangordnungen zu beachten. Das Kapital sollte zuerst den lebensnotwendigen Betrieben zufließen, jedoch sieht es heute am rentabelsten in den Luxusindustrien (sofern wir auch Alkohol und Tabak mit dazurechnen). Die Einschränkung der wirtschaftlichen Ausgaben für sogenannte

kulturelle Zwecke (Theater, Musik), Luxusbauten der Städte wird immer noch viel zögernder gemacht als der schwerere Entschluß, die Produktion einzuschränken. Und dabei ist das erste eine überflüssige Gelbausgabe, das zweite lebensnotwendiger Bedarf. Trotzdem darf nicht verkannt werden, daß der Lauf der Wirtschaft, ihre Elastizität auch im Jahre 1929 sehr gut gewesen ist. Allerdings muß dabei gesagt werden, daß die Arbeiterschaft wohl die Lasten mit dem Unternehmer teilte, aber von dem Segen wenig abbekam. Es ist gut, wenn man sich das an einigen Zahlen vor Augen führt. In der Kraftfahrzeugindustrie betrug:

	1925	1926	1927	1928
Erzeugter Neuwert in Millionen Reichsmark . (d. h. Gesamtwert der Jahreserzeugung abzüglich Gesamtwert d. Rohstoffe, Halbfabrikate usw.)	387,5	269,3	401,3	464,4
Zahl der Beschäftigten in Tausend	93,4	59,8	90,0	90,2
Neuwert pro Kopf des Beschäftigten in RM	4151	4503	4459	5149

Das heißt also, daß der Wert der Produktion pro Kopf des Beschäftigten gewachsen ist von 1925 bis 1928 um 24%, und zwar wurde das erreicht bei sinkender Arbeiterzahl. Zwar sind auch die Löhne gestiegen, aber sie hielten nicht Schritt mit der Produktivität. Im Jahre 1925 machte der Gesamtbetrag der Löhne und Gehälter etwa 52% des „Neuwertes“ aus, 1926: 47%, 1927: 49%, 1928: 48%.

Wenn eine solche Wertsteigerung der Produktion und der Leistung des Arbeiters schon bei einer wirklich nicht gutgehenden Industrie zu verzeichnen ist, wie wird dann das Zahlenverhältnis erst aussehen bei so festfundierten, hervorragend rationalisierten und gut verdienenden Gruppen, wie der Montanindustrie, der Chemie usw.

Entgegen diesen Erscheinungen hört man dann von Belastungen der Industrie, deren wirkliche Untragbarkeit größer ist als die angenommene der Sozillasten. Ein Beispiel aus



Not über deutschem Land!

einer schlechtgehenden Industrie, der Textilindustrie. Vor einiger Zeit las man in der Presse über die Sanierung der zusammengekrachten Textilfirma Gebr. Simon. Die Sanierung ging folgendermaßen vor sich: Statt zwei Vorstandsmitglieder wird die Firma künftig drei haben. Jedes Vorstandsmitglied erhält außer seinen Tantiemen 120 000 RM Jahresgehalt. Die Zahl der Prokuristen wurde von drei auf sieben vermehrt, jeder mit einem Mindestjahresgehalt von 20 000 RM. Den früheren Generaldirektor Ury, der 250 000 RM nebst einem Prozentsatz vom Umsatz bezog, fand man mit 240 000 RM ab. Die festen Gehälter der leitenden Angestellten machen allein 10% des Aktienkapitals aus, das 5 Millionen Reichsmark beträgt. Wenn alsdann keine Dividende ausbezahlt werden kann, schimpft man über die Sozillasten. Wie sehr sich überhaupt die Begriffe verschoben haben, zeigt folgender Vorfall: Der Generaldirektor Flied der Mitteldeutschen Stahlwerke läßt sich bei Kettwig (Ruhr) eine Villa bauen. Als einige Blätter schrieben, die Villa koste über 2 Millionen Reichsmark, beklagte sich ein den Unternehmern nahestehendes Blatt über diese aufreizenden Unwahrheiten, denn die Villa koste nur 1,2 Millionen. Kur! Du armer Teufel Erwerbsloser! Die Unrentabilität der deutschen Wirtschaft beginnt bei den überspannten Gehaltsjähren der leitenden Personen. Man sage nicht, das Gehalt macht noch nicht viel aus. Vielleicht bei den größten Trusts mit ihren Milliardenumsätzen nicht, wohl aber bei der Klein- und Mittelindustrie. Wir vermissen hier bei der industriellen Leitung jede Initiative.

Bekämpfung der Bürokratisierung wird ebenfalls als Erleichterung der wirtschaftlichen Lage nicht außer Betracht gelassen werden dürfen. Wir verstehen unter Bürokratisierung jedes zum Selbstzweck gewordene Beamtentum, das an Stelle des Organischen des Lebens eine organisierte Unwirtschaftlichkeit setzt, das Posten auf Posten häuft und letztlich zur beängstigenden Sorge um Volkswirtschaft und Finanzkraft wird. Es liegt uns fern, etwa zum Kampf gegen die Beamtenschaft an sich aufzurufen. Das wäre eine banale Lächerlichkeit, die von einer Bewegung, die seit 30 Jahren nach innen und außen den Gemeinschaftsgedanken vertritt, nicht gemacht wird. Aber wogegen wir uns wenden, ist die Ueberspannung durch das Beamtentum, ist die damit zusammenhängende steigende Steuerbelastung, ist ihr übermäßiger politischer Einfluß. Deshalb weisen wir auch den Vorwurf der Zeitschrift des deutschen Beamtensbundes, „Der Beamtensbund“, Nummer 2, 1930, zurück, der schreibt:

„Mit Zahlen läßt sich trefflich streiten“. Danach handelt auch „Der deutsche Metallarbeiter“, der in seiner Nummer 52 vom 28. Dezember 1929 noch dazu gegen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Beamten kämpft.“

Es würde dem „Beamtensbund“ äußerst schwer werden, wenn er diesen Satz etwa mit Beweisen aus unserem Verbandsorgan belegen sollte. Nun, so behauptet er es eben. Nicht gegen die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Beamten, sondern um die staatsbürgerliche Gleichberechtigung der Arbeiterschaft führen wir den Kampf, und wenn wir gleiches Recht für alle verlangen, mag das vielleicht dem „Beamtensbund“ unangenehm sein; es wird uns aber nicht abhalten, das zu sagen und zu fordern, was wir für richtig halten. Für nicht richtig und lediglich als Belastung sehen wir manches, was auf dem Gebiet der Sozialversicherung, vor allem bei Krankenkassen, eingerissen ist, nicht minder auch in der Praxis der Erwerbslosenversicherung und der Arbeitsämter. Doch auch darüber werden eingehende Artikel in unserem Organ erscheinen. Bei der Frage der Rentabilität der Wirtschaft, der Behebung der Arbeitslosigkeit usw. wird man auch an der Bürokratisierung nicht vorbeigehen können. Ueber die letzten Punkte in der nächsten Nummer. G. W.

Belastungen der Wirtschaft und der Arbeiterschaft



Der Verlauf der letzten Monate hat gezeigt, daß das deutsche Wirtschaftsleben insgesamt innerlich sich in starker Krise befindet. Die Lasten, welche durch die Reparationen und die hastig vorgenommene Rationalisierung, durch eine bürokratische Ueberbelastung und die Unsicherheit außenpolitischer Verhältnisse (Schlußakt zum Young-Plan) entstanden sind, konnten nicht spurlos an der Wirtschaft vorübergehen. Dazu kommt ein durch die Kartellierung und Syndizierung sehr bedenkliches Großzüchten von Produktions-, jedoch meistens Handelsanlagen, die außerordentlich preisverteuernd wirken. Man braucht nur die von Jahr zu Jahr steigende Menge der Kleinhandelsgeschäfte in jeder Stadt zu nehmen, den immer kleiner werdenden Rayon von Familien, die auf ein Lebensmittelgeschäft z. B. entfallen, um wieder einmal die Wahrheit des Wortes klar vor Augen zu sehen: **Kleiner Umsatz, großer Nutzen.** Dieses Aufeinandertürmen von Geschäft auf Geschäft, von Betrieb auf Betrieb, von Handelsanstalt auf Handelsanstalt hat uns das gebracht, worin wir uns jetzt befinden, nämlich eine **Preiskrise.** Man hat die Krise auch **Abfahrtskrise** genannt, aber es dünkt uns besser, das Kind mit dem rechten Namen zu nennen, woher nämlich die Abfahrtskrise kommt, nämlich von den übersteigerten Preisen. Dabei kann dahingestellt bleiben, ob die Preishöhe durch den Produzenten oder durch Verkaufsinstitutionen festgesetzt wird. In Wirklichkeit liegen unsere Preise zu hoch. So ist es denn auch zu erklären, daß trotz gestiegener Nominallöhne der Reallohnverdienst (d. h. die Kaufkraft des Lohnes) im Jahre 1929 niedriger ist als im Jahre 1928. Der Tariflohn liegt natürlich 1929 höher als 1928. Aber die Lohnverluste sind durch Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit sehr gestiegen, so daß in Wirklichkeit der Lohnverdienst 1929 trotz gestiegener Tariflöhne niedriger ist als 1928. Eine Tabelle der „Finanzpolitischen Korrespondenz“ Nr. 40 mag das veranschaulichen, und zwar sind alle Faktoren, Nominallohn, Lebenshaltungskosten und Reallohn, ins Verhältnis gebracht zu 1927. Das Jahr 1927 wird gleich 100 gesetzt.

Jahr	Wöchentliche Lebenshaltungskosten		Nominallohn des einzelnen Arbeiters	Reallohn
	Indez	Mt.		
1927	100	47,65	100	100
1928	102,8	49,00	108	105
1929				
Januar . . .	103,7	49,40	97	93
Februar . . .	104,6	49,85	93	89
März	106,0	50,50	100	94
April	104,1	49, 0	103	101
Mai	104,0	49, 5	113	108
Juni	103,9	49,50	114	109
Juli	104,6	49,85	114	110
August	104,3	49,70	113	108
September . .	104,1	49,60	112	108
Oktober . . .	104,0	49,55	111	106
November . .	103,7	49,49	107	103

Für die letzten Monate liegen noch keine genauen Ergebnisse vor. Aber bei der ständig zunehmenden Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit wird der Reallohnverdienst ohne Zweifel erheblich weiter zurückgegangen sein.

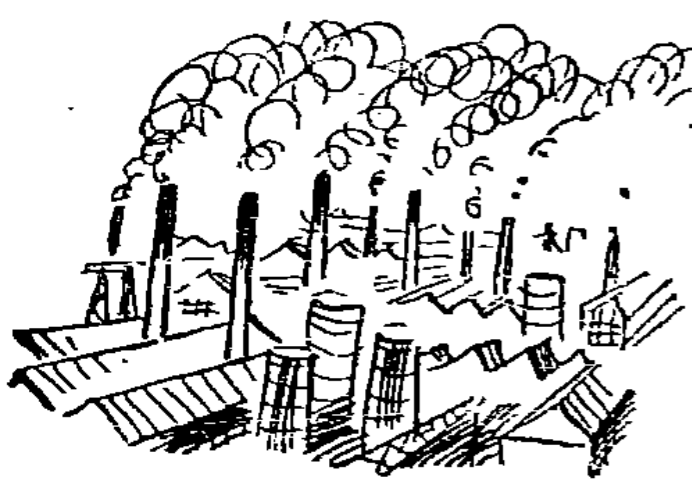
Aus dieser kurzen Darlegung geht schon die Bedeutung der Kaufkraft des Lohnes für die Arbeiterschaft hervor, die letztlich allein entscheidend ist und nicht etwa die zahlenmäßige Höhe des Lohnes.

Unter den Industrien, die unter der gegenwärtigen Lage gedrückt sind, befindet sich vor allem die **Fertigwarenindustrie**, die **Kleinisenindustrie**, weniger die **Schlüsselindustrien** Bergbau, **Schwereisenindustrie** und **Chemie**. Die **Schwereisenindustrie** hat auch im vergangenen Jahre ein im allgemeinen gutes Geschäftsjahr, nicht nur nach der Seite der Produktion, sondern auch nach der Seite des Gewinnes gehabt. Nicht umsonst gehen die Großkonzerne heute dazu über, mit schwerem Gelde Werke aufzukaufen, um die Zahl der Quotenteilhaber zu verringern und die Produktionsquote auf einige wenige Großkonzerne zu verteilen.

Die Verlängerung der deutschen Eisenverbände, über die wir an anderer Stelle dieses Blattes eingehend berichten, hat zu einigen bedeutsamen Besitzveränderungen in der **Montanindustrie** geführt. In den letzten überstürzten Verhandlungen wurden die Schwierigkeiten summarisch hinweggeräumt: Nach der Lösung des Röhrenwerkprojektes von Krupp waren sich, wie „Der deutsche Volkswirt“ vom 3. Januar 1930 schreibt, die Großen einig; die widerstrebenden kleinen Werke wurden einfach aufgekauft. Transaktionen, deren Gesamtumfang nicht weit von 50 Millionen entfernt sein dürfte, wurden damit perfekt, obwohl nur die Verkäufer, nicht aber die endgültigen Käufer feststehen. Die Durchführung der Aufkäufe ist technisch möglich gewesen, weil die großen Konzerne recht flüchtig sind und weil die Großbank, die wohl zu gewissen Zeiten der Verhandlungen die Initiative ergriffen hat, bereit ist, Mittel vorzustoßen (dabei sind die Kaufpreise natürlich in Raten fällig).

Aufgekauft wurden Werke, die bisher Außenseiter waren, wie die **Rheinisch-Westfälischen Stahl- und Walzwerke** (Gruppe Rohde, Produktion: 135 000 Tonnen Rohstahl) und das etwas kleinere **Stahlwerk Beder**. Ferner erwarben die Konsortien die Kontrolle zweier Werke, die bisher im Besitz von größeren Quoten waren, des **Gußstahlwerks Döhlen** (Rohde-Gruppe) und der **Bremer Hütte** (Mannesmann), die stillgelegt wird, um Quoten freizubekommen. Endlich ist als eines der größten Objekte die **Henrichshütte** bei Hattingen von Henschel erworben worden (Jahresproduktion: 300 000 Tonnen Rohstahl), wodurch die Rohstahlgemeinschaft die Belieferung von Henschel übernehmen kann.

Die Produktionsziffern der Schwereisenindustrie im Vergleich zu den letzten Jahren beweisen auch die innere Kraft dieser Industrie. Es betrug:



Der Trust ist Ausdruck der Macht
 Gestützt von der Hochfinanz, ist er ein Hauptträger des Kapitalismus und leider oft der sozialen Reaktion. Die **Gewerkschaft ist Ausdruck des Willens** der Arbeiterschaft, als Menschen und Arbeiter höher zu kommen, kulturell, wirtschaftlich, sozial. **Ungeahnte Kräfte liegen in der Arbeiterschaft; es gilt, sie lebendig zu machen.**



Einen Aufstieg der Arbeiterschaft gibt es nur durch unablässige Gewerkschaftsarbeit!

Monat bzw. Monats- durchschnitt bzw. Jahrs- durchschnitt	Eisenhütten						Hochöfen in Betrieb Monatsende
	Roheisen		Roßstahl		Walzwerke		
	Gesamt	Arbeits- lsg. lsg.	Gesamt	Arbeits- tätig	Gesamt	Arbeits- tätig	
	in 10 000						
1913 ¹	910	29,9	981	38,5	914	35,8	204
1925	848	27,9	1016	40,0	854	33,6	107
1926	804	26,4	1028	40,3	856	33,6	88
1927	1092	35,9	1359	53,3	1072	42,1	114
1928	984	32,3	1210	47,4	964	37,8	100
September 1928	935	32,8	1190	47,6	943	37,7	99
Oktober 1928 . .	1016	32,8	1307	48,4	1026	38,0	94
November 1928 .	267	8,9	358	14,3	366	14,6	48
September 1929	1109	37,0	1230	49,2	1000	40,0	100
Oktober 1929 . .	1157	37,3	1377	51,0	1062	39,3	102
November 1929 .	1091	36,4	1286	51,5	948	37,9	100

¹ Für 1913 Monatsdurchschnitt auf festem Reichsgebiet ohne Saar-
gebiet.

Man wird wohl nicht behaupten wollen, daß bei diesen Produktionsziffern und auch den erzielten Preisen das Wort von der „Unrentabilität“ gerechtfertigt wäre.

Auch die Maschinenindustrie konnte über erhöhte Produktions- und Ausfuhrziffern berichten, wiewohl die Lage der Maschinenindustrie nicht immer erfreulich ist. Deutschland hat in der Nachinflationzeit trotz des außerordentlich starken Wettbewerbs auf dem Weltmarkt sich wieder auf den zweiten Platz in der Maschinenindustrie emporarbeiten können. Die Produktion in der Maschinenindustrie, umgerechnet in Millionen Reichsmark, betrug:

	1925	1928	1925=100
Europa:			
Deutsches Reich	2 900	4 000	138
Großbritannien und Irland	3 010	3 100	103
Frankreich	520	620	119
Italien	260	250	100
Schweiz	285	330	116
Schweden	193	215	111
Amerika:			
Vereinigte Staaten	14 892	17 126	115
Asien:			
Japan	215	240	112
Australien u. Neuseeland	152	167	110

Die Maschinenausfuhr Deutschlands nahm von 1925 auf 1928 um nicht weniger als 54,2% zu, das ist bei weitem die stärkste Steigerung im Vergleich zu den andern Ländern. Selbst die Zunahme der Vereinigten Staaten bleibt dahinter zurück. Eine bemerkenswerte Ausfuhrsteigerung zeigen aber auch Länder wie Frankreich, Italien und die Schweiz, während die englische Maschinenausfuhr verhältnismäßig eine nur ziemlich geringe Zunahme aufweist.

Maschinenausfuhr (in Millionen Reichsmark):

	1925	1928	Zunahme in %
Deutsches Reich	758,1	1168,8	54,2
Großbritannien	949,8	1025,0	7,9

	1925	1928	Zunahme in %
Frankreich	176,2	249,7	41,7
Italien	26,3	35,1	33,5
Schweiz	121,7	153,7	26,3
Vereinigte Staaten	1206,5	1687,8	39,9
Kanada	76,7	85,1	10,9
7 Länder insgesamt	3315,3	4405,2	32,9

Wir freuen uns der Steigerung der produktiven Kräfte unserer Industrie, und wir haben durch unsere Mitarbeit unsere Verantwortlichkeit bewiesen. Das, was wir verlangen, ist ein gerechter Anteil am Wert des gemeinsam erarbeiteten Produktes.

Nun wird außerordentlich viel geschrieben und geredet von der mangelnden Rentabilität und den Lasten, die auf der Industrie liegen. Ohne Zweifel tragen die Werke bedeutende Lasten, und wir wünschen ihnen eine noch größere Rentabilität; aber man muß objektivweise auch sagen, daß das Rufen in keinem Verhältnis zur Wirklichkeit steht. Man führt heute die Dividendenlosigkeit vieler Werke als Maßstab der Unrentabilität an. Abgesehen davon, daß an sich das Auszahlen von Dividende noch kein Maßstab für die Rentabilität eines Werkes ist, muß doch betont werden, daß selbst im Hochkonjunkturjahr 1913/14 27% aller Aktiengesellschaften ohne Dividende geblieben sind, das waren 12% des erfaßten Aktienkapitals. 1928 sind etwa 17% des erfaßten Aktienkapitals dividendenlos gewesen bei verdoppelter Zahl der Aktiengesellschaften (11 900 gegen 5 100 Aktiengesellschaften 1914 und einer Erhöhung des Nominalkapitals von 16 Milliarden 1913 auf 21 Milliarden 1927).

Die Steuerlasten sind heute für jeden, nicht zuletzt auch für den Arbeiter hoch. Auch die Industrie hat ihren Teil daran zu tragen. In der letzten Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie vom Dezember 1929 werden die Steuerleistungen der deutschen Industrie — nach dem Umsatz berechnet. Und da ergibt sich, daß sämtliche Steuern, welche die Industrie zu tragen hat, gerade 3,68% des Umsatzes ausmachen. Der Arbeiter und Angestellte wären wohl froh, wenn die steuerliche Belastung des Umsatzes ihrer Arbeitskraft nicht mehr ausmache.

Die Konkurse werden weiter herangeholt als Beweis für den schlechten Lauf der deutschen Wirtschaft. Sicher — wir hatten im Jahre 1928 7870 Konkurse und 3100 Vergleichsverfahren, und die Zahl ist heraufgestiegen im Jahre 1929 auf über 10 000 Konkurse. Aber man übersieht, daß wir im Hochkonjunkturjahr 1913 allein 12 756 Konkurse zu verzeichnen hatten. Mit diesen Zahlen soll gewiß nicht eine vielseitige Beschwernis des deutschen Wirtschaftslebens herabgemindert werden, aber andererseits zeigen sie auch, daß das überlaute Rufen von der jetzt herrschenden Belastung der Wirtschaft nicht in dem Umfange berechtigt ist. (Schluß folgt.)

Wbr.

Nach dem Erfolg erst recht vorwärts in der Agitation



Das war eine freudige Ueberraschung, als wir in voriger Nummer lesen konnten, welchen Erfolg unsere Werbearbeit gehabt hat. 11 000 neue Kollegen Zuwachs im Jahre 1929. Das kann sich sehen lassen. Aber gerade dieser Erfolg soll uns anspornen zu weiteren Taten 1930. Als Vertrauensmann möchte ich ein paar Worte zur Agitation sagen.

Da gibt es nun eine ganze Reihe von Werbemethoden, welche angewandt werden, um neue Mitglieder für unsere Bewegung zu gewinnen, aber eine der besten und erfolgreichsten ist und bleibt unbestritten die Hausagitation. Sie ist nicht nur deshalb eine der erfolgreichsten Werbemethoden, weil dabei die meisten Neuaufnahmen erzielt werden, sondern die Hausagitation ist auch deswegen so erfolgreich, weil die

Mitglieder, die dabei gewonnen werden, am besten dem Verband für immer erhalten werden. Der Grund dafür ist darin zu suchen, daß diese Kollegen besser aufgeklärt werden konnten und mit diesen Kollegen zugleich auch deren Frauen oder deren Eltern von der Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation überzeugt wurden. Daß diese Ueberzeugung der einzelnen Familienmitglieder von großem Nutzen für den Verband ist, kann wohl jeder Vertrauensmann bezeugen, denn bei diesen Kollegen ist es immer ein leichtes, den Verbandsbeitrag zu bekommen.

Allerdings soll nicht verkannt werden, daß diese Art der Mitgliederwerbung auch eine der opferreichsten ist. Es gehört schon eine ganze Portion Idealismus dazu, den Sonntag, den einzigen freien Tag in der Woche, für den Verband und für das Wohl der gesamten Arbeiterschaft zu opfern. Mancher

Wohin gehört dein Spargeld?



Wohin sollst du deine Spargroschen bringen? In unsere Arbeiterbank, in die

Deutsche Volksbank



Familienvater wäre vielleicht lieber zu Hause geblieben bei Frau und Kind; aber wo es galt, unseren Verband zu stärken, wo es galt, unsere Ideen hineinzutragen in die Massen der Unorganisierten, da mußte die eigene Bequemlichkeit und die eigene Familie zurückstehen. Oft haben wir weite Wege und Bahnfahrten zurückgelegt, und auf ein Mittagessen mußten wir an manchen Sonntagen verzichten, aber all diese Mühen und Opfer waren reichlich belohnt, wenn wir am Abend zurückkehrten mit einer Anzahl Neuaufnahmen in der Tasche. Es kam ja auch hier und da mal vor, daß der eine oder andere trotz Mühe und Arbeit keine Neuaufnahme erzielt hatte. Dadurch ließ sich aber keiner entmutigen, und am nächsten Sonntag ging es mit verdoppeltem Eifer wieder an die Arbeit.

Einige Male ist es ja auch vorgekommen, daß man uns mit mehr oder minder schönen Worten und Gebärden die Türe zeigte. Aber auch diese „Liebenswürdigkeiten“ konnten unseren Mut nicht ins Wanken bringen. Kaum waren wir „an die Luft befördert“ worden, und schon saßen wir bei dem nächsten Kollegen und versuchten da aufs neue unser Glück. Als wir zwei Werbesonntage hinter uns hatten, war mir so zu Mute wie einem Sportler, der auf den Sportplatz zieht, um seine Kräfte zu messen mit seinem Gegner und um sich selbst dabei weiterzubilden und zu trainieren. So erging es

auch mir. Gern bin ich immer wieder mitgezogen auf diesen interessanten „Sportplatz“, um meine Kräfte mit dem Widerstand des unorganisierten Kollegen zu messen und mir dabei Kenntnisse zu sammeln. Zugleich kann man bei der Hausagitation einen guten Einblick bekommen in die Lebensverhältnisse und in das Familienleben der arbeitenden Bevölkerung. Ich bin der Ansicht, wenn jeder Gewerkschaftler und vor allen Dingen jeder Vertrauensmann wüßte, daß die Hausagitation nicht nur Mühe und Arbeit macht, sondern daß diese auch einen gewissen Reiz mit sich bringt und daß man dabei seine Kenntnisse oft besser erweitern kann, als wenn man sich einen ganzen Sonntag hinsetzt und sich seine Weisheit aus Büchern zu verschaffen sucht, so würden oft mehr zur Stelle sein, wenn es heißt: Am Sonntag ist da und da Hausagitation!

Zur Sicherung eines einigermaßen guten Erfolges sei noch bemerkt, daß es unbedingt notwendig ist, daß der auf Hausagitation gehende Kollege sich in den Betriebsverhältnissen der Betriebe, in denen die aufzusuchenden Kollegen arbeiten, einigermaßen auskennt, denn oft sind es Vorkommnisse im Betrieb, die den Unorganisierten vom Beitritt zum Verband zurückhalten.

Wenn nun der Herbst auch vorbei ist, so soll doch nun nicht in der Agitation nachgelassen werden. Wir müssen immer weiter vordringen in die Massen der Unorganisierten; auch dem letzten Außenstehenden müssen wir klarmachen, daß es heute ohne eine gesunde Gewerkschaftsbewegung nun einmal nicht mehr geht. Jeder auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehende Kollege muß für unseren Verband gewonnen werden. Sagen wir nicht, es ist egal, in welchem Verband wir sind, sondern für einen Vertrauensmann des Christlichen Metallarbeiterverbandes heißt es nur: Jeder christliche Arbeiter für den Christlichen Metallarbeiterverband! Und, Kollegen, es geht, wenn wir nur ernstlich wollen, wenn wir durchdrungen sind vom Glauben an unsere Idee und unsere gute Sache und wenn wir glauben an unsere Kraft.

Vertrauensmann Josef Hennemann, Repe.

Die außerhäusliche Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau

Eine Aussprache

III.



Zu diesem Artikel in Nr. 51 unseres Verbandsorgans möchte ich als ledige Arbeiterin in der Emailindustrie folgendes bemerken: Der starke Anteil der Frauenarbeit muß als eine unerfreuliche Erscheinung unseres Wirtschaftslebens bezeichnet werden. Wenn auch nicht verkannt werden soll, daß manche Umstände die Frau dazu zwingen, eine außerhäusliche Erwerbsarbeit zu suchen, so läßt sich doch der außerordentlich große Umfang der Frauenarbeit in der heutigen Zeit nicht rechtfertigen. Bemühungen zur Erforschung dieser üblen Zeiterscheinung und ihrer allmählichen Behebung sind deshalb außerordentlich zu begrüßen. Daß es Lebensschicksal der Frau ist, als Hausfrau und Mutter zu wirken und tätig zu sein, dürfte von keinem Menschen mit Einsicht bestritten werden. Sollte es im Zeitalter der Technik mit ihrer ins Ungeahnte gestiegenen Gütervermehrung nicht möglich sein, die Frau diesem ihrem ursprünglichsten Berufe wieder zuzuführen? Ich bezweifle keinen Augenblick die Möglichkeit, schon weil sie eine Notwendigkeit ist. Allerdings liegt es im Wesen unseres heutigen Wirtschaftssystems, daß man den Mann durch die billiger entlohnte Frau nach Möglichkeit zu ersparen versucht. So wird die Ordnung der Natur umgekehrt. Man sieht die Männer selern oder die verelendeten Haushaltungen führen, während die Frau in die Fabrik geht und den Familienvater ernähren muß. Bei solchen Verhältnissen geht

allmählich der Sinn dafür verloren, daß das Glück der Familie nur darin begründet sein kann, wenn die Frau mit ihrer ganzen Kraft sich der Familie widmen und ihre Eigenschaften voll entfalten kann. Gerade die Verkümmern dieser weiblichen Eigenschaften im Dienst für Familie und Haushalt durch die Arbeit in der Fabrik halte ich für eine der betrübllichsten Erscheinungen, deren Folgen in ihrer ganzen Tragweite kaum abzusehen sind. So erklärt es sich auch, daß viele Frauen, ohne durch die Verhältnisse besonders genötigt zu sein, einem Erwerb nachgehen. Viele sind des Glaubens, es wäre ein Auskommen nicht möglich, wenn sie nicht selber mitverdienen würden. Vielfach ist ihnen dies so zur Gewohnheit geworden, daß sie sich nicht vorstellen können, daß sie auch im Haushalt und für die Familie mindestens ebenso nutzbringend tätig sein könnten. Oester ist auch die Wahrnehmung zu machen, daß Frauen auf Drängen ihrer Männer einem Erwerb nachgehen. Wieder andere wollen durch Mitarbeit die Zukunft ihrer Kinder besser gestalten. Manche wollen sich durch Mitverdienen schöner einrichten. Jungverheiratete Frauen stützen sich gerne darauf, daß sie zur Beschaffung einer Einrichtung noch mitverdienen müßten. Das ist falsch. Für sie muß es heißen: erst sparen und sich einrichten und dann heiraten. Und endlich als letzte Gruppe nenne ich diejenigen Frauen, die ganz auf sich selbst angewiesen sind und ohne Lohnarbeit kein Einkommen hätten.

Ich halte dafür, daß durch gesetzliche Bestimmungen der Erwerbsarbeit der verheirateten Frau, für die ein dringendes Bedürfnis nicht besteht, Schranken gesetzt werden müssen. Dabei täusche ich mich keineswegs, daß einer solchen Maßnahme nicht unerhebliche Schwierigkeiten im Wege stehen, aber andererseits dürfte dem unregelmäßigen Zustand, wie er sich entwickelt hat und folgerichtig noch weiter entwickeln wird, mit anderen Mitteln kaum entgegenzuwirken sein. Es wird sich auf die Dauer nicht vertreten lassen, daß der Staat dieses weite und wichtige Gebiet vom Recht frei läßt und damit dem Kapitalismus eine ungehemmte Herrschaft darüber überläßt, sich der billigeren weiblichen Arbeitskraft zu bedienen, ohne auf sittliche Gebote Rücksicht zu nehmen. Aufgabe des Staates ist es, sittliche Forderungen zu verbindlicher Lebensregel durch Gesetze zu formen, die rückwirkend wieder eine bestimmte Gesinnung und Geistesart auslösen wird. Es ist selbstverständlich, daß dieser staatliche Eingriff in einer Weise zu erfolgen hat, daß Härten vermieden werden. So sind z. B. den Betriebsräten Rechte bei Entlassungen in die Hand gegeben, ebenso ist die ganze Arbeitsvermittlung dem Staat zur Kontrolle unterstellt. Ich glaube, daß in dieser Richtung auch in bezug auf die verheiratete Arbeiterin weiterzubauen ist mit dem Ziel der Ueberleitung der Frauenarbeit in die Hauswirtschaft und in die Erziehungs-, Pflege- und Fürsorgeberufe.

Es ist zu fordern, daß das Mädchen, wenn es aus dem Familienverband in die Berufsarbeit geht, solche Berufe finde und ergreife, die mit ihrem natürlichen Beruf, mit dem Beruf der Mutter möglichst nahe in Verbindung steht; das sind: Erziehungsberuf, Pflegeberuf, Fürsorgeberuf. Zu den

Pflege- und Fürsorgeberufen gehört auch der Beruf der Hausgehilfin, auch der Beruf der Lehrerin. Es gibt natürlich daneben auch Erwerbsberufe, die von Pflege und Erziehung etwas weiter entfernt sind. Es fällt mir nicht ein, unverheiratete Frauen, Witwen aus Berufen zu vertreiben, die für den Mann schwerlich passen, wie es viele Zweige des Modewarengeschäftes sind. Ein weiteres Feld für nebenberufliche Frauenarbeit ist ferner die Heimarbeit, die zumindest das Gute hat, daß sie die Frau ihrem Hause nicht entreißt, bis zu einem gewissen Umfang also auch von der verheirateten Frau geleistet werden kann. Leider ist gerade die Heimarbeit, das Beutefeld für Zwischenhändler und Verleger und durch gewerkschaftliche Organisation und Gewerbeaufsicht schwer zu erfassen, eine Hauptquelle der Schwindsucht. Die Verbote der Frauenarbeit müssen stufenweise einsetzen in Uebereinstimmung mit dem Eröffnen und Gangbarmachen wirklicher weiblicher Berufe. Ähnlich beim Verbot der Frauenarbeit in gesundheitschädlichen Betrieben. Der Begriff „gesundheitschädliche Betriebe“ ist dehnbar, und der Umfang dieses Begriffes muß von Fall zu Fall erweitert werden.

Mit diesen kurzen Darlegungen glaube ich, das Wichtigste, was zunächst zur Frage der berufstätigen Frau zu sagen ist, zum Ausdruck gebracht zu haben. Ich bin mir wohl bewußt, daß es sich hier um keine erschöpfende Darlegung handelt, sondern daß dieses weitreichende und komplizierte Problem nur strichweise angedeutet wurde. Es ist zu wünschen, daß der Frage der erwerbstätigen verheirateten Frau mehr als bisher das Augenmerk zugewendet wird, um auch hier zu einer befriedigenden Lösung dieses für Familie und Volk so außerordentlich wichtigen Problems zu gelangen.

Kollegin K., Amberg.

Zur Erneuerung der deutschen Eisenverbände

Der Kampf um die Verlängerung beziehungsweise Erneuerung der großen deutschen Eisenverbände ist beendet. Es ist gelungen, den Fortbestand der deutschen Rohstahlgemeinschaft, des A-Produkte-Verbandes (Halbzeug, Formelisen, Eisenbahnoberbaumaterial), der Bandeisenvereinigung, des Stabeisenverbandes, der Grobblechvereinigung, deren verschiedene Ablaufstrifen schon früher auf einen einheitlichen Termin (31. Januar 1930) festgelegt worden waren, zu sichern, und zwar auf die Dauer von zehn Jahren. Die genannten Verbände laufen also, ebenso wie der Drahtverband und der Walzdrahtverband, vom 1. Februar 1930 bis zum 31. Januar 1940. Wenn auch zur Zeit noch die Unterschrift einzelner Werke aussteht, so hat das lediglich formale Bedeutung, denn ohne Zweifel wird niemand mehr abseits bleiben wollen. Wegen der Verlängerung des erst am 31. März 1932 ablaufenden Deutschen Röhrenverbandes bis gleichfalls zum 31. Januar 1940 werden zur Zeit noch Verhandlungen geführt. Ebenso sind Bestrebungen im Gange, einen Feinblech-Verkaufsverband und einen Mittelblechverband zu gründen. Auch im Eisenhandel ist es zwischen den Werkschälern und den freien Eisenhändlern zu einer Verständigung und zur Erledigung der strittigen Fragen gekommen.

Wie sehen nun die neuen Verbände aus? Zunächst bleibt, so schreibt unsere Tageszeitung „Der Deutsche“, die Tatsache zu beachten, daß die neuen Verbände eine zehnjährige Laufzeit haben. Allgemein machte sich schon seit einiger Zeit in den interessierten Kreisen das Bestreben bemerkbar, die Verbände auf einen längeren Zeitraum als bisher zu erneuern. So erhielt der Vertrag des Rheinischen Braunkohlensyndikats eine fünfzehnjährige Dauer, bis zum 31. März 1945. Beim Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat wünscht man ebenfalls eine längere Laufzeit als bisher; man spricht hier von zehn Jahren, also ebenfalls bis 1940. Eine solche lange Laufzeit birgt zweifellos große Vorteile in sich. Es wird den Verbänden möglich, eine Politik auf lange Sicht zu betreiben, wodurch eine Konsolidierung der Verhältnisse erreicht werden kann. Gleichzeitig wird dadurch, daß Quotenerhöhungswünsche in

der Zeit des Bestehens der Verträge keine Berücksichtigung finden, ein Beunruhigungsfaktor ausgeschaltet, was auch den



Gitzinger

Schleiferei

Werken selbst zugute kommt, da neuen Investitionen der Anreiz genommen wird.

Der Deutschen Rohstahlgemeinschaft müssen in Zukunft alle Werke der Unterverbände angeschlossen sein. Aus diesem Grunde sind das Stahlwerk Becker AG., Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf AG., Rheinisch-Westfälische Stahl- und Walzwerke Gelsenkirchen, Rasselsteiner Eisenwerks-Gesellschaft AG., Neuwied-Rasselstein der Rohstahlgemeinschaft neu beigetreten. Mit der Peter Sartort & Sohn G. m. b. H. in Wetter (Ruhr), der Geisweider Eisenwerke AG., dem Siegen-Solinger Gußstahl-Aktienverein, der Zahnschen Werke AG. soll noch verhandelt werden. Sollte die Einbeziehung dieser Werke möglich werden, dann wäre das Außenseiterproblem sozusagen restlos gelöst. Daß die Außenseiterfrage an sich und auch die Frage der Quotenwünsche der übrigen Mitglieder der Rohstahlgemeinschaft überhaupt so schnell gelöst werden konnte, darf man wohl nicht zuletzt als einen Erfolg der Bildung von Aufnahmekonsortien innerhalb der Rohstahlgemeinschaft bezeichnen. Es sind vier derartige Aufnahmekonsortien gebildet worden, an denen in der Hauptsache die Vereinigten Stahlwerke, Klöckner, Krupp und die Gutehoffnungshütte beteiligt sind. Bei den von diesen Konsortien zu übernehmenden Werken handelt es sich um das Stahlwerk Becker, die Bremer Hütte, die Sächsischen Gußstahlwerke Döhlen und die Rheinisch-Westfälischen Stahl- und Walzwerke. Gleichzeitig spricht man noch von den Edelstahlwerken Röchling-Buderus AG. in Wehlar.

Sollten die Verhandlungen zu einem positiven Ergebnis gelangen, so würde das einen weiteren Schritt auf dem Wege der Konzentration und der Rationalisierung in der deutschen Eisenindustrie bedeuten. Was mit den zu übernehmenden Werken geschehen soll, dürften die Beteiligten wohl selbst noch nicht genau wissen. Es fragt sich also, ob die Werke ganz oder teilweise stillgelegt und die Quoten von den Konsortialmitgliedern übernommen werden sollen, um auf diese Weise eine bessere Ausnutzungsmöglichkeit für die eigenen Werke zu schaffen, oder ob die erworbenen Quoten teilweise weiterverkauft werden, um andere Mitglieder der Rohstahlgemeinschaft in ihren Quotenwünschen zu befriedigen. Werden die Quoten aufgeteilt, so ergibt sich für die Käufer die bedeutsame Möglichkeit, durch die bessere Ausnutzung der Anlagen die Selbstkosten ganz erheblich zu senken. Dieses Ziel zu erreichen, bleibt man bekanntlich bei der Durchführung der Rationalisierungsmaßnahmen stets bemüht.

Kurz zusammengefaßt ergibt sich also etwa folgendes Bild: Außenseiter wird es in Zukunft bei der Deutschen Rohstahlgemeinschaft so gut wie gar nicht mehr geben. Von den neu beigetretenen Werken werden verschiedene von Großkonzernen übernommen und unter Umständen stillgelegt, die Quoten

aufgeteilt oder teilweise verkauft, um den Beschäftigungsgrad der übrigen Mitglieder zu heben. Mit der Erneuerung der Deutschen Rohstahlgemeinschaft ist also gleichzeitig auch eine bedeutende Transaktion mit dem Ziele einer weiteren Konzentration und Rationalisierung in der Eisenindustrie erfolgt. Auch sonst ergeben sich bei der Deutschen Rohstahlgemeinschaft verschiedene Änderungen. Die neue Rohstahlgemeinschaft ist ein Rahmenvertrag, mit dem alle übrigen Verbände stehen und fallen. Die Kündigungsparagraphen der sämtlichen Verkaufsverbände werden hierauf abgestellt. Die festen Quoten sind abgeschafft. Die Höhe der Erzeugung bildet vielmehr in Zukunft die Grundlage für alle Lasten und Pflichten. Das Stimmrecht ist gestaffelt, wodurch im Endergebnis eine Verbesserung des Stimmrechts der kleinen Werke erzielt wird. Ferner sind Vereinbarungen über den Gruppenschutz getroffen. Auf Grund dieses Abkommens dürfen bestimmte Erzeugnisse, die ein Mitglied bisher nicht produzierte, von diesem auch in Zukunft nicht hergestellt werden. Eine Trennung der Abrechnungen nach dem In- und Auslande erfolgt nicht. Nur beim Stabeisenverband wird in Zukunft eine getrennte Abrechnung für das In- und Ausland in Kraft treten, und zwar im Verhältnis von 3:1. Diejenigen Werke, die für ihr Qualitätsstabeisen am Export desinteressiert sind, werden allerdings nicht voll im Umfange der für den Export vorgesehenen 25% zur Umlage der Differenz zwischen Auslands- und Inlandserlös herangezogen. Eine straffere verbandsmäßige Erfassung des Qualitätsmaterials ist insofern vorgesehen, als die Preisgrenze für den Eintritt der Verbandsfreiheit, die bisher 17,50 RM betrug, heraufgesetzt wird.

Die Händlerfrage ist insofern gelöst, als freie Händler, die einen nachweisbaren Umsatz von 24 000 Tonnen haben, in Zukunft direkt vom Verbandsverband beziehen können, also Verbandsmitglieder werden. Es handelt sich dabei um die Westdeutsche Eisenhandels-G. m. b. H., Burmeister & Horn, Feudel und die Eisenlager-G. m. b. H. in Essen.

Wenn auch die beteiligten schwerindustriellen Kreise von Anfang an wohl kaum mit einem Scheitern der Erneuerungsverhandlungen gerechnet hatten, so wird man andererseits doch wohl kaum fehlgehen in der Annahme, daß die in der letzten Zeit am Eisenmarkt erkennbare Zurückhaltung mit der in weiten Kreisen des Handels und der Eisenverbraucher herrschenden Ungewißheit über das Schicksal der Eisenverbände in Zusammenhang gestanden hat. Unter diesen Umständen wird man der von verschiedenen Seiten ausgesprochenen Erwartung, daß die Verlängerung der Verbände in der nächsten Zeit eine allgemeine Belebung des Eisenmarktes zur Folge haben werde, jedenfalls eine gewisse Berechtigung nicht absprechen können.

D. D.

Umschau



Katholische Kirche und christliche Gewerkschaften

In der Nummer 3/4 der „Vorzeitung“ von Ende 1929 schreibt Universitätsprofessor Mahling (Berlin) über die „Soziale Idee in Judentum und Christentum“. Dem Artikel, dessen Darstellung und Uebersicht über geistige Zusammenhänge sehr beachtenswert ist, muß jedoch in einem wichtigen Punkte scharf widersprochen werden. In dem Abschnitt „Die soziale Idee des Katholizismus“ beschäftigt sich der Verfasser auch mit der Entstehung der christlichen Gewerkschaften und prägt dabei folgenden Satz:

„Darum schuf die katholische Kirche die katholischen Arbeitervereine und die christlichen Gewerkschaften und sie war höchstens darin in Spannung, welche dieser Organisationen der Träger der sozialen Anregungen und Kräfte sein sollte.“

Dr. Mahling hätte ein solches Mißgeschick geschichtlicher Unkenntnis nicht unterlaufen dürfen. Es stimmt, daß die katholischen Arbeitervereine unter stärkster Beihilfe der katholischen Kirche gegründet wurden. Ihre Programmierung wies ja auch bedeutsam auf diese Zusammenarbeit hin. Das entsprach ihrer rein katholischen Grundlage. Die christlichen Gewerkschaften jedoch sind aus der christlichen Arbeiterschaft allein entsprossen. Katholische und evangelische Arbeiter haben von vornherein

an der Gründung zusammengearbeitet. Es waren damals nur sehr wenige Geistliche, die zur Zeit der Gründung den Sinn der christlichen Gewerkschaften verstanden oder sich dafür einsetzten. Bereits im ersten Gründungsjahr kam es so weit, daß der Erzbischof von Freiburg, Dr. Körber, eigens vor den christlichen Gewerkschaften warnte. Wir brauchen in diesem Zusammenhang auch nicht noch den Gewerkschaftsfeind 1912/13 erwähnen. Er ist bekannt genug. Das sieht ganz anders aus, als ein „Schaffen der christlichen Gewerkschaften durch die katholische Kirche“. Wir erwähnen das nicht, um alte Furchen neu aufzureißen, sondern um jedweder Art von Geschichtsklitterungen vorzubeugen, die auch heute noch allzu leicht und gern geglaubt werden. Die katholische und evangelische Arbeiterschaft hat dankbar die Unterstützung geistlicher Kreise beider Konfessionen empfunden, aber Gründung, Aufbau und Entwicklung der christlichen Gewerkschaften ist lediglich das Werk katholischer und evangelischer Arbeiter.

Umformungen in der christlichen Gewerkschaftspresse

Mit Januar 1930 hat sich in der christlichen Gewerkschaftspresse insofern eine Umformung vollzogen, als die Organe des Christlichen Holzarbeiter- und Christlichen Tabakarbeiterver-

bandes vom Zeitungs- zum Zeitschriftenformat übergangen. Als vor drei Jahren unser Verbandsorgan als erstes diesen Schritt tat, war die Zahl der Zweifler am Erfolg nicht gering. Aber unser Vorstand wusste wohl, warum er das machte. Die Ausnahme, welche die neue Form, die Verbreiterung des Dargebotenen, die Bilder usw. fanden, gaben ihm recht. Wir freuen uns, daß zwei unserer Bräuderverbände den gleichen Schritt getan haben. Der Erfolg dürfte nicht ausbleiben. Glück auf diesen und den Folgenden. Den Lechten heißen bekanntlich die Hunde!

Unser „Zentralblatt“ unter Karl Jansens trefflicher Führung hat sich ebenfalls ein neues Kleid gegeben, das seinen an sich schon guten Inhalt als noch besser empfinden lassen dürfte.

Unser Bräuderverband der christlichen Metallarbeiter der Schweiz hat mit Januar dieses Jahres eine eigene Wochenschrift herausgegeben. Schon die erste Nummer zeigt die Kraft, die hinter dem Willen unserer braven Schweizer Kollegen steckt. Dem Verband und besonders dem Redakteur und Geschäftsführer des Verbandes, dem Kollegen Johann Zell, ein kräftiges „Seil“!

Das Versagen der Heizungsanlage im Arbeitsraum bei Frostwetter

Dem Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 15. Dezember 1928 lag folgender Tatbestand zugrunde: Die Arbeiter einer Waggonfabrik haben am Morgen des 21. Dezember 1927 ihre Arbeit fünfviertel Stunden lang ausgeübt, weil die Heizung eingefroren und der Arbeitsraum kalt war. Das Einfrieren der Heizung wurde erst am Morgen des 21. Dezember 1927 bemerkt. Die Arbeit war wegen der Kälte tatsächlich unmöglich. Die Vorinstanzen haben die Klage auf Bezahlung der fünfviertel Stunden abgewiesen. Das Reichsarbeitsgericht dagegen hat das Urteil aufgehoben mit folgender Begründung: Als in den Gefahrenkreis des Arbeitgebers fallende Ereignisse sind nach den grundlegenden Richtlinien die Störungen anzusehen, die die Betriebsführung treffen, die insbesondere in Zusammenhang mit Maßnahmen stehen, die wie die Beschaffung von Betriebs-

stoffen und die Vermeidung von sonstigen Störungen, die im Betrieb gewöhnlich oder zum mindesten der Vorausveranschlagung zugänglich sind, vorsorglich getroffen werden können.

Als eine Störung dieser Art ist auch das Versagen der Heizungsanlage im Arbeitsraum bei Frostwetter in aller Regel anzusehen. Auch wenn im Einzelfalle diese Störung eintreten konnte, ohne daß der Betriebsleitung Nachlässigkeit in der laufenden Prüfung der Anlage oder der Fürsorge für Dampfhaltung zur Last fällt, ist diese Kontrolle und Fürsorge doch im allgemeinen geeignet. Gefahren dieser Art zu begegnen, und sie obliegt der Betriebsleitung. Nur dann wenn ganz außergewöhnliche Verhältnisse vorliegen, können Betriebsstörungen beseitigt als nicht in den Gefahrenkreis des Arbeitgebers fallende Ereignisse aufgefaßt werden.

Versagen des elektrischen Stromes und Lohnzahlung

Das Urteil des Reichsarbeitsgerichts vom 9. Januar 1929 ist folgendermaßen begründet: Läßt sich in einem Werke die Arbeit nur mit Hilfe des elektrischen Stromes ausführen, so hat ihn selbstverständlich der Arbeitgeber seinen Arbeitern zu liefern oder durch einen anderen liefern zu lassen, wenn er deren Dienste und Arbeitskraft sich und dem Betriebe nutzbar machen will. Wenn nun infolge Störung des elektrischen Stromes die Arbeiter wider ihren Willen genötigt sind, ihre Arbeitskraft im ganzen etwa 10 Stunden lang brachliegen zu lassen, so kommt es auf die Gründe des Versagens der Stromleitung nicht an. Wenn der Arbeitgeber diese Gründe auch nicht vorhergesehen hat und vielleicht auch nicht vorhersehen konnte, so sind doch Störungen in der Erzeugung oder Zuführung elektrischen Stromes nicht außergewöhnliche, sondern Ereignisse, mit denen jeder Betriebsunternehmer verständigerweise rechnen muß. Unter solchen Umständen hat der Arbeitgeber für die Arbeitsunterbrechung als eine, wenn auch unverschuldete Folge des kurzfristigen Versagens der elektrischen Anlagen den Arbeitnehmern nach den Grundsätzen von Treu und Glauben ebenso einzustehen, als hätte er ohne zwingenden Anlaß von sich aus eine mehrstündige Arbeitspause oder eine Ferialschicht angeordnet.

Branchenbewegung

Aus dem Leben des Kranführers

Es fällt mir da zufällig eine Zeitungsnotiz in die Hand, daß ein Kranführer vom Gericht zu 150 RM Geldstrafe verurteilt wurde. Es war nämlich ein Unfall geschehen, bei dem 2 Arbeitskollegen zu Tode gekommen sind. Da ich nun selbst Gleiskranführer bin, möchte ich allgemein dazu einiges sagen, wenn ich auch zu dem betreffenden Fall nichts sagen kann, weil ich ihn nicht kenne. Ein Kranführer fährt eben einen Kran, wie ein Chauffeur, Motorradfahrer oder Radsfahrer sein Fahrzeug fährt. Geht ein Unglück, daß eine Person überfahren wird, so nimmt das Publikum zuerst Stellung gegen den Fahrer, ganz gleich, ob schuldig oder nicht schuldig und diese Doreingenommenheit wird zur Antipathie gegen Fahrer und wird auch bei der Zeugenernehmung noch zum Ausdruck gebracht. Sogar der Fahrer steht mit seiner Aussage allein einem Laienapparat gegenüber, dem er die Situation nicht so begreiflich machen kann. Und so geht es auch dem Kranführer; man macht ihn eben für alles verantwortlich, was nicht so klappert, wie es klappen soll. So muß der Kranführer 3 Instanzen gerecht werden: 1. der Unfall-Berufsgenossenschaft gegenüber, 2. dem Betrieb gegenüber, 3. dem Kranbetrieb gegenüber. Wird er dem einen gerecht, so handelt er dem anderen zuwider. So z. B. wird von dem Betrieb verlangt, aufzuziehen, wenn das Seil strag hängt. Dadurch kann sich dieses überschlagen, entweder von der Trommel fallen oder in ein Zahnrad kommen. Folglich weigert sich der Kranführer, den Befehl auszuführen. Also erfolgt Meldung wegen Arbeitsverweigerung. Eine Begründung von dem Kranführer gibt es einfach nicht, es heißt eben: Sie haben das zu tun, was unten die Leute haben wollen. Selbst der Meister des Kranbetriebes steht in solchen und ähnlichen Fällen dem Kranführer nicht bei, sondern er stellt die Sache so hin, als hätte nichts passieren können und bläst so mit dem Herrn Betriebschef in ein Horn, weil er es nicht magt, dem hohen Herrn zu widersprechen und seine Chancen zu vernichten. Ueber solche reaktionäre Gesinnung täuscht selbst die scheinheilige Mitgliedschaft in proletarischen Vereinen nicht hinweg. Führt der Kranführer nun aber den Befehl aus, so ist der Krach noch größer. Das müßte der Kranführer wissen, daß das Seil daneben fiel; also wird er bestraft. Wie soll man es nun machen?

Ein anderer Fall: Der Kranführer soll einen Mann, der sich an eine Kette hängt, in ein 4 bis 5 Meter tiefes Loch hineinsinken lassen. Das ist unfallwidrig, weil der Mann hineinsinken könnte. Macht der Kranführer es nicht, so entsteht ein Wortwechsel zwischen Kranführer und dem Mann. Eine Meldung kann zwar nicht erfolgen, aber ein andermal kommt die Vergeltung. Jetzt ist der Kranführer schon als dieffällig hingestellt und es wird versucht, ihn zu schikanieren bis er zahm ist. Man läßt ihn eben nicht zur Ruhe kommen, läßt ihm keine Zeit zum Essen einnehmen und auch nicht um den Kran nachzusehen und zu schmieren, denn dafür ist er ja auch verantwortlich. Befürchtet man ein Selbstkaufen eines Lagers und man schmiert trotzdem ab, so steht schon ein Henker mit der Uhr in der Hand und beobachtet, wie lange das dauert und meldet nachher: das war ja nur ein Vorwand, also dieffällig-

felt. Der Führer hätte eben nachher schmieren können. Ja, wann denn? Nachher wäre es ebenso gegangen, vielleicht wäre nachher schon ein Lager heißgelaufen. Also steht der Kranführer ständig zwischen zwei Feuern, wie man es macht, ist es verkehrt, denn niemand kann zwei Herren dienen.

Wie geht es aber nun, wenn ein Unfall geschehen ist? Da ist zuerst der Kranführer in Schuld. Der ist schon strafverfeht, bevor der Unfall ganz geschehen ist. Es geht z. B. so: Eine Last wird an eine schwache Kette oder ein schwaches Seil angehängt, die im Anfang hält, nachher reißt. Da heißt es: der Kranführer hatte zu hoch gezogen. Ja, wird denn dadurch die Last schwerer oder die Kette oder das Seil schwächer. Ich glaube keines von beiden. Welter soll man nicht mit Last über Leute fahren. Ja, wer ist denn mal so freundlich und geht mal einen Augenblick beiseite? Niemand. Dann heißt es, fahre hinten her; ja, da sind auch Leute und durch diese Umwege erleidet die Arbeit Verzögerung, das liegt eben am Kranführer; wenn der eben mit der Arbeit nicht fertig wird, ist er nicht zu gebrauchen. Hat man jetzt eine Pflanze ganz voll flüssigem Stahl oder Kohlen, so hängt die Pflanze genau im Gleichgewicht, so daß sie jeden Augenblick überklippen kann. Um das zu verhüten, sind an der Pflanze Klammern angebracht, die die Pflanze halten; diese werden aber aus irgendwelchem Grunde nicht eingeklemmt, dadurch wird das Überklippen nur begünstigt. Daher ist der Kranführer bemüht, jede unnötige Kranbewegung in der Ripprichtung zu vermeiden, weil dadurch das Überklippen nur begünstigt wird. Rippt die Pflanze nun teilweise, so daß von dem Inhalt verschüttet wird, so heißt es, der Kranführer hatte den kleinen Hilfshut angezogen. Es läßt sich dieses nachher auch nicht mehr feststellen; also bleibt es dabei. Sachleute verurteilen, nur so kann es gekommen sein. Ja, es muß ein Sündenbock gefunden werden. Nun frage ich, wer ist denn ein Sachmann? Vielleicht derjenige, der vor 20 Jahren einen Kran gefahren hat? Der war mal ein Sachmann. Mitunter hat der Sachmann überhaupt noch nie einen Kran gefahren und erlaubt sich doch ein Urteil, um den Betrieb und seine Existenz zu retten. Ein Sachmann ist nur der, der noch im Fach tätig ist. Bei dem heutigen Fortschritt der Technik ist fast alle paar Tage eine Aenderung eingeführt, so daß nur derjenige sich ein Urteil erlauben kann, der täglich die Arbeit macht. In vielen Betrieben ist dem Kranführer ein Vorgesetzter hingelegt, der selbst kein Kranführer ist, sondern ein Schlosser, vielleicht auch ein tüchtiger Schlosser, vielleicht auch aus Gesinnungsgründen Dorarbeiter wurde. Dieser Mann soll nun dem Kranführer mit Rat und Tat zur Seite stehen, denn er muß doch, das sollte man wenigstens annehmen, das Fach über das er gesetzt ist voll und ganz beherrschen. Aber das geht wohl schlecht, denn was ich selbst nicht kann, das kann ich keinem anderen lehren. Aber das Urteil solcher Leute ist mehr wert, als das aller Kranführer. Es sind eben Vorgesetzte und die hat der Kranführer zu respektieren, wie ein Spaz eine Vogelscheuche. Darum ist es notwendig, daß die Kranführer sich besser durchsehen und zusammenhalten, gleichviel welcher Partei der eine oder andere angehört. Der einzelne ist nichts, doch die Masse ist eine Macht; eine energische

Vertretung im Betriebsrat kann viel machen. Wo man Verantwortung auflegt, muß man auch dieselbe bezahlen. Eine gute Bezahlung erweckt das Verantwortungsgefühl und Interesse dem Betrieb und dem

Unfall gegenüber. Vor allen Dingen aber gilt es, sich gewerkschaftlich zusammenzuschließen im Christlichen Metallarbeiterverband.
Kranführer L. Bodum.

Aus den Betrieben

Staffelung der Akkordpreise nach dem Alter

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo einzelne Betriebe versuchen, die Akkordpreise nach dem Alter zu staffeln. Ob diese Betriebe die Arbeitsstücke, die von jüngeren Arbeitern hergestellt werden, billiger verkaufen, oder ob sie diesen Lohngewinn als mühelosen Gewinn zu dem übrigen schlagen, entzieht sich unserer Kenntnis.

Gegen diese Bestrebungen einzelner Betriebe kann von selten der Arbeiterchaft nicht genug Front gemacht werden. Es liegt hier eine große Gefahr für die ältere Arbeiterschaft vor, da die Betriebe, wenn ihnen das Experiment glückt, ein sehr großes Interesse an der Einstellung jüngerer Arbeitskräfte und an der Abstoßung der älteren Arbeitskräfte haben. Es ist dringend zu empfehlen, daß bei den kommenden Tarifabschlüssen in den einzelnen Tarifen Sicherungen geschaffen werden, die das Gebahren dieser Betriebe unterbinden. Dem Arbeitgeber und auch dem Arbeitsstück kann und muß es gleich sein, ob ein jüngerer oder älterer Arbeiter die Ware herstellt. Es wird doch beim Akkord immer nach Leistung bezahlt und wenn nun der jüngere oder der ältere Arbeiter weniger leistet, so hat er eben weniger verdient. Es kann aber nicht angehen, daß man den Akkordpreis auch nach dem Alter staffelt.

Einer derjenigen Betriebe, die auch dieses Rezept zur Anwendung bringen wollten, sind die märkischen Rohrwalzwerke Wih. Schmidt u. Co., G. m. b. H., in Elverlingsen b. Werbohl. Die Firma gehört dem Arbeitgeberverband für das untere Sennetal an. Diese Firma hat sich nun durch ein Arbeitsgerichtsurteil des Arbeitsgerichtes Altena sagen lassen müssen, daß sie unrecht gehandelt, wenn sie die Akkorde nach dem Alter staffelt.

Wir lassen dieses Arbeitsgerichtsurteil, das sicherlich für weite Kreise unserer Kollegen interessant ist, im Wortlaut folgen:

Im Namen des Volkes!

In Sachen des Schweißers T. gegen die Märkischen Rohrwalzwerke Wih. Schmidt u. Co., G. m. b. H., Elverlingsen wegen Lohnforderung hat das Arbeitsgericht Altena für Recht erkannt:

Die Beklagte wird verurteilt, an den Kläger 81,31 RM zu zahlen und die Kosten des Rechtsstreites zu tragen.

Tatbestand:

Der Kläger war bei der Beklagten als Rohrschweißer im Akkord beschäftigt. An derselben Arbeit sind sowohl über 24 Jahre alte als auch jüngere Arbeiter beschäftigt. Die Beklagte hat im Mai 1929 durch Anschlag in der Fabrik die ab 1. Mai 1929 gültigen Akkordsätze bekanntgemacht und am Schlusse des Anschlages bemerkt:

„Die Akkorde gelten für die Lohnklasse von über 24 Jahren. Nach Lohnstarif gelten die folgenden Ermäßigungen für die andern Klassen:

22-23	20-21	18-19	16-17	15	unter 15 Jahren
9%	15%	30%	45%	55%	70% v. Akkord wie oben.

Dementsprechend hat die Beklagte dem 19jährigen Schweißer T. für die Monate Mai, Juni und Juli 1929 insgesamt 81,31 RM von den für die Lohnklasse der über 24 Jahre alten Arbeiter geltenden Akkorden abgezogen.

Der Kläger verlangt mit der Klage die Nachzahlung dieser vorenthaltene Beträge mit der Begründung, daß die gemachten Abzüge einen Verstoß gegen Ziffer I Absatz 3 des Lohnstarifes vom 27. März 1929 darstellten.

Die Beklagte hat Klageabweisung beantragt. Sie hält die gemachten Akkordbezüge für rechtmäßig.

Bezüglich des weiteren Parteivorbringens wird auf die inhaltlich vorgetragenen Parteischriftsätze verwiesen.

Nach Maßgabe der Beweilsbeschlüsse vom 27. September und 18. Oktober 1929 sind der Prokurist Ernst Trümmer zu Elverlingsen als Zeuge und der Polizeipräsident Franz Schöbel von Hagen als Zeuge und Sachverständiger vernommen worden. Auf die Beweilsbeschlüsse und auf die Vernehmungsprotokolle vom 18. Oktober und 29. November 1929 wird Bezug genommen.

Die Beklagte hat ferner eine Abschrift ihres Fabrikanschlages über die ab 1. Mai 1929 gültigen Akkordsätze überreicht, die Gegenstand der mündlichen Verhandlung gewesen ist.

Entscheidungsgründe.

Ziffer I Absatz 3 des durch Schiedspruch unter dem Vorsitz des Zeugen Schöbel zustande gekommenen und für die Parteien bindenden Lohnstarifes vom 27. März 1929 lautet folgendermaßen:

„Akkordbasis ist Grundlohn (Tariflohn der entsprechenden Fach- und Altersgruppen) plus 15 Prozent. Wo bisher aus betrieblichen oder örtlichen Gründen die Akkordbasis einheitlich war, kann sie aus Anlaß dieses Vertragsabschlusses nicht geändert werden.“

Das bedeutet, daß überall da, wo bis zum Abschluß des Lohnstarifes vom 27. März 1929 — sei es aus örtlichen oder sei es aus betrieblichen Gründen — die Akkordbasis für alle Altersgruppen eine einheitliche war, dieser Zustand auch nach Abschluß des Lohnstarifes vom 27. März 1929 weiterhin bestehen bleiben sollte.

Harte Zeiten

Charles Dickens.

XVII.

„Es tut mir sehr leid, Sir, aber ich weiß, daß es wahr ist, obgleich ich mir sehr viel Mühe gegeben habe.“ entgegnete Sissy.

„Ja,“ sagte Mr. Gradgrind, „ich weiß, daß du dir Mühe gegeben hast. Ich habe dich beobachtet, und kann dich in dieser Hinsicht nicht tadeln.“

„Ich danke Ihnen, Sir. Aber ich habe manchmal gedacht“ — Sissy sagte das sehr schüchtern — „ich habe manchmal gedacht, daß ich vielleicht zu vieles zu lernen versuchte, und wenn man mir erlaubt hätte, den Versuch mit etwas weniger zu machen, ich vielleicht —“

„Kein, Jupé, nein“ entgegnete Mr. Gradgrind in seiner überzeugenden und so außerordentlich praktischen Weise. „Kein, der Lehrgang, den man dich verfolgen ließ war ein durchaus systematischer — er entsprach dem System und darüber ist weiter kein Wort zu sagen. Ich kann nur vermuten, daß deine früheren Lebensverhältnisse der Entwicklung deiner Denkkraft zu ungünstig waren und daß wir zu spät ansetzten. Aber, wie ich schon bemerkte es ist eine Enttäuschung für mich.“

„Ich wünschte, ich hätte Ihnen die Güte, die Sie einem armen verlassenen Mädchen erwiesen, das keinerlei Anspruch auf Ihren Schutz hatte, besser danken können, Sir.“

„Weine nicht,“ sagte Mr. Gradgrind. „Weine nicht. Ich habe mich sonst nicht über dich zu beklagen. Du bist ein anhängliches, gutherziges Mädchen, das den besten Willen hat — und das muß uns genug sein.“

„Sie sind sehr gütig, Sir“, entgegnete Sissy mit einem dankbaren Knize.

„Du hast dich Frau Gradgrind nützlich gemacht, hast dich überhaupt bemüht, der Familie angenehm und von Nutzen zu sein. Meine Tochter sagte mir das, und ich habe es auch selbst beobachtet. Und deshalb hoffe ich denn auch,“ fuhr Mr. Gradgrind fort, „daß du dich in deinem Verhältnisse zu meinem Hause wohl fühlst.“

„Es würde mir auch nichts zu wünschen übrig bleiben, Sir, wenn nur —“

„Ich verstehe dich,“ sagte Mr. Gradgrind. „Du denkst noch immer an deinen Vater. Ich habe von Miß Luffe gehört daß du noch immer jene Flasche aufhebst. Nun wenn deine Bestrebungen auf dem Felde der Wissenschaften von besseren Erfolgen begleitet gewesen wären, würdest du über diesen Punkt zu klareren Ansichten gekommen sein. Mehr will ich nicht sagen.“

Er hatte Sissy wirklich zu gern, um mit Geringschätzung auf sie herabzublicken, sonst hätte ihm ihre geringe Begabung für praktische Schlussfolgerungen und Rechenkünste aller Art gewiß Veranlassung dazu gegeben. Das eine oder andere Mal war ihm sogar der Gedanke gekommen, es möchte in dem Mädchen etwas sein, was sich nicht in tabellarische Formen bringen lasse. Ihre Fähigkeit Dinge zu definieren konnte zweifellos nur mit einer sehr niedrigen Ziffer bezeichnet werden, ihre mathematischen Kenntnisse waren gleich Null und dennoch hätte er vielleicht, wenn er ihre Eigenschaften — etwa für einen Bericht an das Parlament — in Rubriken zu bringen gehabt, nicht recht gewußt, wie das zu machen wäre.

In einigen Stadien der Fabrikation von Menschen geht die Zeit sehr rasch zu Werke. Der junge Thomas Gradgrind und Sissy befanden sich in diesen Stadien und die angedeuteten Veränderungen waren in einem oder zwei Jahren mit ihnen vorgegangen während Mr. Gradgrind stehen zu bleiben schien und keine merkliche Umwandlung erlitt. Nur eine einzige Veränderung fand statt, welche indessen mit dem unaufhaltbaren Fortgange der großen Fabrik nichts zu tun hatte. Die Zeit warf ihn in das Getriebe einer kleinen geräuschvollen und ziemlich schmutzigen Maschine, die man machte ihn zum Parlamentsmitglied für Colketown, zu einem iener hochachtbaren Mitglieder für Quentchen und Zentimeter, einem der Repräsentanten des kleinen und großen Einmaleins, einem der ehrenwerten Mitglieder die für jede andere Erwägung blind, taub, stumm, lahm und tot sind.

Und diese ganze Zeit über hatte Luffe so still und in sich zurückgezogen gelebt, hatte sich so vorausweise gern damit beschäftigt, in der Dämmerstunde die glühenden Funken zu beobachten, die durch den Rost fielen und

In dem Betriebe der Beklagten bestanden nun bis zum Inkrafttreten des Lohntarifes vom 27. März 1929, soweit in dem Betrieb überhaupt in Akford gearbeitet worden ist, für die gleiche Arbeit einheitliche Akfords.

Nach Ziffer I Absatz 3 des Lohntarifes vom 27. März 1929 durfte also auch nach dessen Inkrafttreten an dieser Gepflogenheit nichts geändert werden. Letzteres ist aber geschehen durch den Fabrikanschlag der Beklagten über die ab 1. Mai 1929 gültigen Akfords, durch welchen von der Beklagten für die gleiche Arbeit verschiedene Akfords festgesetzt worden sind. Diese Maßnahme verstößt gegen den Grundsatz der Unabdingbarkeit des Lohntarifvertrages vom 27. März 1929 und ist deshalb nach § 1 der Tarifvertragsverordnung unwirksam. Die Folge ist, daß nach wie vor im Betriebe der Beklagten die vollen, auf die Lohnklasse der über 24 Jahre alten Arbeiter abgestellten Akfords auch für die mit der gleichen Arbeit beschäftigten Arbeiter jüngerer Altersklassen maßgebend geblieben sind und daß der Kläger auch die Entlohnung nach den vollen, für die über 24 Jahre alten Rohrblechweiser gültigen Akfords beanspruchen kann.

Die Beklagte ist deshalb verpflichtet, dem Kläger die unrechtmäßig einbehaltenen Akfordlohnbeträge, deren Höhe an sich nicht bestritten ist, nachzuzahlen.

Die Kostenentscheidung folgt aus § 91 CPD.

Wegen der grundsätzlichen Bedeutung des Rechtsstreits ist nach § 61 Arb.-Ver.-Ges. die Berufung zugelassen worden.

Und was wäre gewesen, wenn kein Verband dagewesen wäre!

Veiter, Werdohl.

Die Tarifbewegungen im Siegerland

(Schluß.)

Inzwischen hatte sich jedoch noch folgendes ereignet. Durch die Kündigung des Arbeitszeitabkommens mußte ab 1. November die gesetzliche Arbeitszeit verfahren werden, weil das bestehende Abkommen am 30. September abließ und am 31. Oktober auch die 30 Tage um waren, an denen der Arbeitgeber ohne besondere Genehmigung Ueberstunden verfahren kann. Der Arbeitgeberverband wandte sich daher an die Regierung in Arnberg mit dem Antrag, aus wirtschaftspolitischen Gründen und Gründen des Gemeinwohls das abgelaufene Arbeitszeitabkommen auf dem Verordnungswege wieder in Kraft zu setzen. Dasselbe hatte er bei dem Tarifstreit der Angestellten getan, und es war seinem Antrage entsprochen worden. Da das eine erhebliche Verstärkung der Position des Arbeitgeberverbandes darstellen mußte, beantragten wir Ablehnung des Antrages der Arbeitgeber. Wir wiesen darauf hin, daß eine solche Maßnahme nicht, wie die Regierung in Arnberg annahm, den Abschluß der Tarifstreitigkeiten beschleunigen, sondern ihn eher verzögern würde. Diese unsere Einwendung wurde in Arnberg in den Wind geschlagen und eine Verlängerung bis zum 31. Dezember verordnet. Der Arbeitgeberverband hatte nunmehr wieder Zeit bis zum 31. Januar, da am 1. Januar ein neues Kalenderjahr beginnt und er erneut ohne besondere Genehmigung an 30 Tagen im Jahre Ueberstunden verfahren konnte. Daß der Arbeitgeberverband das auszunutzen gewillt war, zeigte er bald sehr deutlich. Das Reichsarbeitsministerium hatte für die am 13. November festgesetzte Verhandlung den Herrn Klostermann als Sonderlichter bestellt. In

der betreffenden Sitzung versuchte zunächst noch einmal Herr Professor Brahn in Gegenwart des Herrn Klostermann eine Einigung herbeizuführen, aber sowohl Herr Brahn als Herr Klostermann hatten nicht mit dem Hochmut der Siegerländer Arbeitgeber gerechnet. Sie verlangten ganz kategorisch, daß Herr Klostermann, dem die Herren anscheinend nicht grün sind, sich aus dem Saal entferne, und wohl oder übel mußte Herr Klostermann sich fügen und sein eigenes Sitzungslokal verlassen. Nachdem die Einigungsverhandlungen infolge der Unnachgiebigkeit der Arbeitgeber gescheitert waren, trat dann die Schlichterkammer zusammen. In dieser Schlichterkammer gab sich Herr Klostermann die erdenklichste Mühe, einen Spruch zustande zu bringen, der beiden Parteien tragbar erscheinen konnte. Ehe er jedoch seinen Vorschlag, der eine Erhöhung des Tarifspitzenlohnes ohne Berücksichtigung der Akfordarbeiter auf 74 Pf. vorschah, noch richtig unterbreiten konnte, verließen die Arbeitgeberbeisitzer demonstrativ den Sitzungssaal und sprengten damit den vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten außerordentlichen Schlichtungsausschuß. Selbstverständlich haben wir uns sofort an die Regierung in Arnberg gewandt mit dem Antrage, daß, nachdem sich unsere früher ausgesprochenen Befürchtungen als zutreffend erwiesen hatten die Verordnung über die Verlängerung des Arbeitszeitabkommens zurückgezogen würde. Diesem Antrage hat die Regierung in Arnberg entsprochen, indem sie dem Arbeitgeberverband mitteilte, sie müsse nach dem Verhalten der Arbeitgebervertreter annehmen, daß sie auf eine beschleunigte Regelung der Lohnstreitfrage keinen Wert legten und sehe sich daher die Regierung in Arnberg nicht mehr in der Lage, ihre Ausnahmegenehmigung aufrecht zu erhalten. Dieselbe werde infolgedessen am 7. Dezember zurückgezogen. Bezeichnend ist, daß der Arbeitgeberverband seinerseits wieder beantragte, die letzte Verfügung wieder zurückzuziehen und die Verlängerung bis zum 31. Dezember beizubehalten. Dieses Ansinnen hat natürlich der Regierungspräsident abgelehnt.

Sowohl vom Reichsarbeitsministerium als auch von der Regierung in Arnberg wurde nunmehr auf Einberufung einer neuen Schlichtungssitzung gedrängt und Herr Klostermann beauftragt, die Parteien erneut, und zwar unter Strafandrohung, zu laden. Wie weit dabei auch Anweisungen über die eventuelle Höhe des neuen Schlichtungsspruches gegeben worden sind, entzieht sich unserer Kenntnis. Tatsache ist jedenfalls, daß Herr Klostermann in der neuen Sitzung seinen früher gemachten Vorschlag der nach seiner Berechnung auf den Kopf des beschäftigten Metallarbeiters einen Reichspfennig ausmachte, nicht aufrechterhalten hat, sondern mit den Stimmen der Arbeitgeber einen Spruch gefällt hat, der den Spitzenlohn auf nur 73 Pf. setzte. Dieser Spruch und auch der am 16. September gefällte Arbeitszeitsschiedspruch sind nunmehr für verbindlich erklärt worden, und es ist damit wieder ein Tarifzustand geschaffen. Der Arbeitgeberverband aber hat durch seine Brückierung des Schlichtungswesens wieder erreicht, was er wollte. Auf ein von uns herausgegebenes Flugblatt und auch auf eine von den Verbänden des Deutschen Gewerkschaftsbundes veranstaltete große Kundgebung, die sich gegen das Verhalten des Arbeitgeberverbandes richtete, hat letzterer nicht reagiert. Trotzdem nunmehr der neue Lohnschiedspruch lediglich für etwa 5 Proz. nur eine Erhöhung bringt und sämtliche Akfordarbeiter leer ausgehen, haben eine Anzahl Werke Akfordreduzierungen angeschlagen und die bestehenden Akfordsätze gekündigt. Falls es uns nicht gelingt, diese Absicht zu vereiteln, werden diese Akfordarbeiter trotz des dreivierteljährigen Lohnstreites statt einer Lohnerhöhung einen Akfordabzug bekommen. Aber sie sind ja auch lange nicht alle organisiert.

verlöbten, daß ihr Vater, seitdem er die Bemerkung gemacht, sie reife nachgerade zur Jungfrau heran — was erst gestern gewesen zu sein schien — ihr wenig Beachtung geschenkt hatte. Jetzt sah er sie plötzlich als vollkommen erwachsenes junges Mädchen vor sich.

„Ein vollkommen erwachsenes junges Mädchen“, sagte Mr. Gradgrind gedankendoll. „Man sollte es kaum glauben!“

Bald nach dieser Entdeckung wurde er einige Tage nachdenklicher als gewöhnlich und schien sich mit einem Plane zu tragen, der ihn sehr beschäftigte. Eines Abends, als er eben im Begriff war, auszugehen und Luise kam, um ihm vorher noch gute Nacht zu wünschen — da er spät nach Hause zurückkehrte, sah sie ihn erst am nächsten Morgen wieder —, nahm er sie in seine Arme, blickte sie in der liebevollsten Weise an und sagte

„Meine liebe Luise, du bist nun eine erwachsene junge Dame!“

„Ja, Vater.“ entgegnete sie mit dem alten, raschen forschenden Blick, mit dem sie ihn an jenem Abend angesehen als er sie hinter der Kunstreiterbude gefunden. Dann schlug sie die Augen nieder.

„Mein liebes Kind, ich muß in einer sehr ernstlichen Angelegenheit unter vier Augen mit dir sprechen“, fuhr Mr. Gradgrind fort. „Komm morgen nach dem Frühstück in mein Zimmer. Willst du?“

„Ja, Vater.“

„Du hast kalte Hände, Luise. Bist du nicht wohl?“

„Ganz wohl, Vater.“

„Und auch vergnügt?“

Sie sah ihn wieder an und lächelte in ihrer eigentümlichen Weise.

„Ich bin so vergnügt wie gewöhnlich und wie ich nur je gewesen bin.“

„Das ist recht“, sagte Mr. Gradgrind. Dann küßte er sie und ging.

Luise kehrte wieder in des angenehmen Zimmers zurück, das den Charakter eines Saalons, idestalonos trug, stützte den Ellbogen in die Hand und beobachtete die Feuerfunken, die so bald in Asche zerfielen.

„Bist du hier, Lu?“ fragte ihr Bruder, indem er zur Tür herein sah. Er war ein vollkommener junger Student geworden, aber kein ange-

„Lieber Tom“, sagte sie, indem sie aufstand und ihn umarmte. „wie lange bist du nicht dagewesen!“

„Ich war abends immer anderweitig in Anspruch genommen, Lu, und tagsüber hält mich der alte Bounderby ziemlich kurz. Aber wenn er es mir manchmal zu bunt macht, dann komme ich ihm mit dir, Lu, und so bleiben wir ziemlich gute Freunde. Hat dir Vater gestern oder heute eine besondere Mitteilung gemacht?“

„Nein, Tom. Aber er sagte mir vorher, daß er morgen früh etwas mit mir zu reden hätte.“

„Das ist's eben, was ich meine“, entgegnete Tom bedeutungsvoll. „Weißt du, wo er heute abend ist?“

„Nein.“

„So will ich dir's sagen. Er ist bei dem alten Bounderby. Sie haben eine wichtige Besprechung miteinander im Kontor. Du wirst fragen, warum sie dazu ins Kontor gehen? Auch das will ich dir verraten. Um von Frau Sparfitts Ohren so fern zu sein wie möglich.“

Luise hatte ihre Hand auf die Schulter ihres Bruders gelegt und stand noch immer nachdenklich ins Feuer blickend da. Tom sah ihr mit größerem Interesse als gewöhnlich ins Gesicht. Dann schlang er seinen Arm um ihre Taille und zog sie liebevoll an sich.

„Du hast mich sehr lieb, Lu, nicht wahr?“ fragte er.

„Ja, Tom, obgleich du dich oft recht lange nicht bei mir sehen läßt.“

„Wenn du das sagst sprichst du nur aus, was ich denke, liebe Schwester“, sagte Tom. „Wir könnten viel öfter zusammen sein! Es würde mir großen Nutzen gewähren, wenn du dich — du weißt schon wozu — entschließen könntest, Lu! Das wäre prächtig für mich — ganz ausgezeichnet!“

Ihr in sich gekehrtes Wesen entzog sich seinen schlauen, forschenden Blicken. Es war nichts in ihrem Gesicht zu lesen. Er drückte sie an sich und küßte sie auf die Wange. Sie erwiderte seinen Kuß, blickte aber noch immer ins Feuer.

„Ich dachte, du spazierst hin und sagst ihr, was vorgeht, Lu“, fuhr er fort. „Freilich würdest du's auch ohne meinen Wink erfahren haben. Jetzt kann ich nicht länger bleiben, denn ich habe mich mit einigen Kol-

Verbandsgebiet

Rheinhausen. Wissen ist Macht. Von diesem Gedanken getragen, veranstaltete die Ortsverwaltung Rheinhausen in den letzten Monaten einen Unterrichtskursus, dessen Verlauf als glänzend bezeichnet werden muß. Insgesamt nahmen 179 Kollegen an dem Kursus teil. Die durchschnittliche Teilnehmerzahl betrug an jedem Abend 57. Infolge des 2- und 3-Schichtensystems in der Hüttenindustrie war es nur wenigen Kollegen möglich, sämtliche 9 Abende zu besuchen. Aber auch die durch Arbeit verhinderten Kollegen bekamen am nächsten Abend durch Verlesung der muster-gültigen Protokolle einen Ueberblick über das vorhergehende Thema. Besonderer Dank gebührt dem Kollegen Schriftleiter Wieber und den Kollegen Föcher, Ungert und Mauer von der Ortsverwaltung, die sich zur Schulung der Mitglieder bereitwilligst zur Verfügung gestellt und im Interesse des Standes und Verbandes ihr Bestes hergegeben haben. In glänzender Weise verstanden es die Redner, die Zuhörer zu fesseln. Die Themen, die behandelt wurden, waren folgende: 1. Entwicklung der Wirtschaft und die Lage der Arbeiterschaft. Die wirtschaftlichen Unternehmungsformen. Organisation und Gewerkschaft. Warum christliche Gewerkschaften? Sozialismus und sozialistische Gewerkschaften. Der Kampf gegen die sozialen Bestrebungen der Arbeiterschaft. Rationalisierung. Konzernierung und Kartellierung der Wirtschaft. 2 Abende. Unsere Aufgaben im Jahre 1930.

Am letzten Abend behandelte Kollege Frett von der Ortsverwaltung das Tarif- und Schlichtungswesen, dessen Beseitigung die Arbeitgeberverbände für das Jahr 1930 erstreben. An Hand der Denkschrift des Reichsverbandes der Deutschen Industrie zeigte Redner, welche Gefahren der Arbeiterschaft drohen, wenn sie es nicht versteht, die Organisation rechtzeitig zu stärken.

Durch ausführliche Berichte, die von der Ortsverwaltung der Tagespresse zugestellt wurden, hatten auch die auswärtig wohnenden Mitglieder sowie auch die Unorganisierten Gelegenheit, an dem Verlauf des Kursus entsprechenden Anteil zu nehmen. Wenn man die unglücklichen Raumverhältnisse und die an manchen Abenden recht miserable Witterung berücksichtigt, so kann man mit voller Befriedigung auf den Verlauf des Kursus zurückblicken.

Kollegen der Ortsverwaltung! An euch liegt es nun, den reichen Vortragstoff praktisch zu verwerten. Dies gilt besonders im neuen Jahr mehr wie je. Ihr sollt sein die Pioniere, die es verstehen, trotz aller Widerwärtigkeiten, trotz aller Anfeindungen der Gegner, die christliche Gewerkschafts-idee zum Siege zu verhelfen. Nur dann, wenn jeder Kursusteilnehmer genau wie die Referenten sein bestes für die Stärkung der Organisation hergibt, hat der Kursus seinen vollen Zweck erfüllt. Deshalb: Auf zur Tat! F.

Essen. Bei der Firma Krupp befinden sich außer dem Betriebsrat in den einzelnen Betrieben noch Betriebsvertreter. Dieselben werden gleichzeitig bei der Wahl des Betriebsrates gewählt.

Die Aufgaben dieser Betriebsvertreter bestehen darin, daß sie bei der

Regelung der Akkorde, Arbeitszeit und sonstiger Angelegenheiten, soweit der betreffende Betrieb, in dem sie arbeiten, in Frage kommt, mitwirken. Für diese Betriebsvertreter hat die Ortsverwaltung Essen einen Kursus abgehalten, in dem folgende Themen behandelt wurden: 1. Warum haben wir bei der Firma Krupp Betriebsvertreter, Allgemeine Richtlinien für die Betriebsvertreter. 2. Strafordnung der Firma Krupp, ihre Anwendung, Auswirkung. Schadenersatzfrage. 3. Aufgaben der Betriebsvertreter bei Neuverfassung der Akkorde. Auslegung des Severing-Schiedspruches. 4. Aufgaben der Betriebsvertreter bei Anordnung von Kündigung und Kurzarbeit. Anmeldung von Ueberstunden und Kurzarbeit. 5. Ueberwachung der Unfallgesetzgebung und ihre Anwendung. Ueberwachung des Urlaubsabkommens gemäß Rahmentarif. 6. Einberufung der Versammlungen, deren Leitung und Gestaltung. Agitation. 7. Vortrag eines Meisters vom Werkmeisterbund über die Stellung des Meisters zum Betriebsvertreter im Betrieb.

Dieser Kursus hat am 10. Dezember seinen Abschluß gefunden. Der Besuch war ein auffallend starker. Allenthalben wurde der Wunsch laut, wenn es eben möglich ist, in diesem Winter noch einen zweiten Kursus für die betreffende Gruppe abzuhalten weil eben in diesem Kursus nur Fragen behandelt wurden, die tagtäglich für die Betreffenden in der Praxis vorkommen. — Besonders der letzte Abend wies eine sehr rege Diskussion auf und mußte in Anbetracht dessen um eine Stunde verlängert werden. Referiert haben in diesem Kursus Kruppische Betriebsratsmitglieder und Angestellte der Ortsverwaltung Essen.

Gelsenkirchen-Buer. Mit Eintritt in das Winterhalbjahr hat sich in unserer Ortsverwaltung ein reges gewerkschaftliches Leben entwickelt. In einer gut besuchten Funktionärskonferenz wurden Plan und Zielstreben festgelegt und unsere Mitarbeiter haben in den Monaten September, Oktober und November gehalten, was sie versprochen. In mehreren Hausagitationen und besonders auch durch umfassende Betriebsagitation wurde die Mitgliederzahl der Verwaltungsstelle beträchtlich gehoben. Leider sind nicht alle Ortsgruppen gleich beteuert darunter solche, wo die Agitationsmöglichkeiten recht gut gelagert sind und Erfolg versprechen, wie in den Ortsgruppen, die hier lobend hervorgehoben werden. Es sind Züllen, Bulmke, Buer und Feldmark. Letztere ist um so mehr zu bewerten, da durch die anhaltenden Feterschichten bei der Herbfabrik Ruppertsbusch die Ortsgruppe Feldmark am meisten betroffen ist.

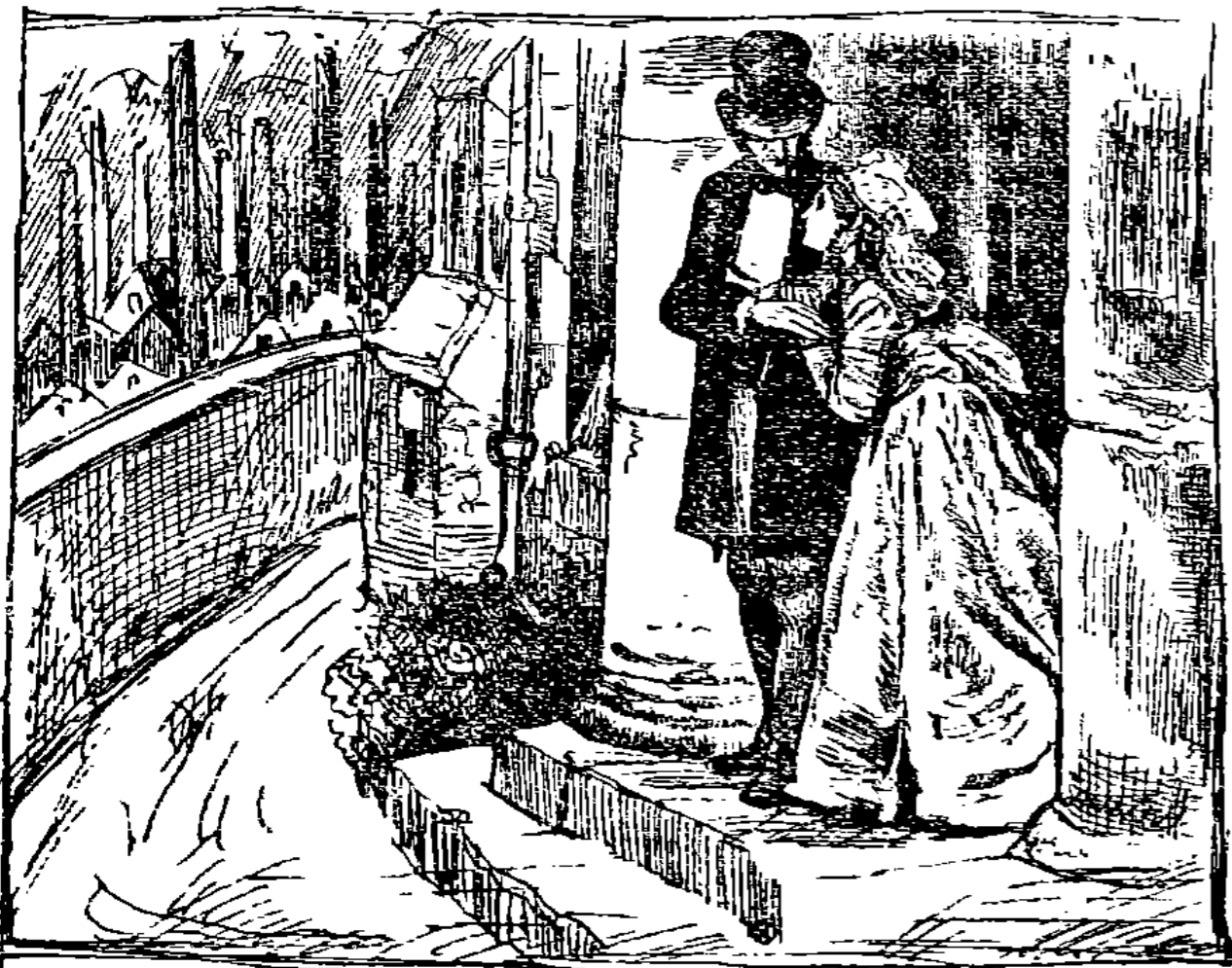
In den Elektrikerbranchen in Gelsenkirchen und in Buer macht sich anhaltendes Interesse bemerkbar. Die Versammlungen sind jedoch im Stadtteil Gelsenkirchen besser besucht, als im Stadtteil Buer. Im erfreulichen Ausblühen steht die Formerbranche, in der Kollege Herzig aus Essen zuletzt einen unseren Kollegen willkommenen Sachvortrag gehalten hat. Auch die Drahtzieher und Heizungsmonteur der Verwaltungsstelle halten periodenweise ihre Sonderversammlungen ab.

Neben den Ortsgruppenversammlungen fanden verschiedene Sonderveranstaltungen statt. Eine von 300 Frauen besuchte Versammlung

legen verabredet — aber nicht wahr, du wirst nicht vergessen, daß du mich lieb hast?"

„Rein, lieber Tom, ich werde es gewiß nicht vergessen.“

„Du bist ein prächtiges Mädchen, Lu. Gute Nacht!“



Sie sagte ihm zärtlich gute Nacht und trat mit ihm hinaus vor die Tür, von wo aus man die funken-sprühenden Fabrikshornsteine von Coketown sehen konnte, welche die Gegend mit fahlem Licht erleuchteten. Dort blieb sie stehen, schaute mit ruhigem, festem Blicke hinüber und horchte auf die verhallenden Schritte des Bruders. Sie entfernten sich schnell, als hätte Tom Elle, von Stone-Lodge hinwegzukommen. Und so stand sie noch, als er längst fort und alles um sie herum still war. Es schien, als ob sie doch in drinnen im Feuer ihres eigenen Zimmers und jetzt in

der feurigen Glut draußen zu lesen versuche, zu welchem Gewebe die Zeit, die alte geschäftige Weberin, die Fäden verketten würde, aus denen sie bereits das Kind zur Jungfrau gesponnen. Aber diesen Webstuhl erblickt keines Menschen Auge; geräuschlos schleicht das Schiffschen hin und wieder, und die „Hände“, die ihn bedienen, sind stumm.

Water und Tochter

Obgleich Mr. Gradarind sonst keine Ähnlichkeit mit Blaubart hatte, war sein Zimmer doch insolge der dort in Masse aufgestapelten blauen Bücher*) ein durchaus blaues zu nennen. Was diese Bücher immer zu beweisen vermochten (in der Regel beweisen sie alles, was man wünscht), das bewiesen sie hier zu einer Armee vereint, die durch die Ankunft neuer Rekruten fortwährend Verstärkung empfing. Die verwinkeltesten sozialen Fragen wurden in diesem Zaubergemache berechnet, in genaue Formeln gebracht und endgültig entschieden — nur schade, daß die zunächst Beteiligten nichts davon gewahrt wurden. Ebenjogut wie man eine Sternwarte ohne Fenster erbauen und der Astronom innerhalb derselben das ganze Firmament nur mit Tinte, Feder und Papier konstruieren und berechnen könnte, so hatte auch Mr. Gradarind nicht nötig, vor seinem Observatorium aus (und es gibt viele solche) einen Blick auf die Myriaden von menschlichen Wesen zu werfen die ihn umgaben, sondern war imstande ihre Schicksale auf einer Schiefertafel zu bestimmen und alle ihre Tränen mit einem kleinen, schmutzigen Stück Schwamm wegzuwischen.

In diesem Observatorium — einem fahlen Zimmer mit einer schrecklich statistischen Uhr, die jede Minute mit einem Ticken markierte, das wie der Schlag auf einen Sargdeckel klang — erschien Luise an dem bestimmten Morgen. Das eine Fenster des Gemachs ging nach Coketown hin, und als sie sich neben dem Tische ihres Vaters nieder setzte, erblickte sie die hohen Schornsteine und die langen Rauchfahnen in der nebelgrauen Ferne.

*) Blau-Bücher werden die in Folioformat gedruckten Berichte genannt, welche die Regierung alljährlich den beiden Häusern des Parlaments vorlegt. Der Name kommt von dem blauen Einband.

hörte bei Kaffee und Kuchen Vorträge der Kollegen Hase und Feih aus Dortmund. Ein Kinoabend verbunden mit Reigen und Konzert brachte den Film „Die Bremen“. Vorführung und passende Worte dazu gab Jugendleiter, Kollege Probst, der auch in mehreren Jugendversammlungen zu Vorträgen in Gelsenkirchen wollte. Die Jugendabteilung tagt jeden Monat regelmäßig bei zufriedenstellendem Besuch. Auch nahmen unsere Jugendfreunde verschiedene Besichtigungen vor. Dienstag, den 10. November, hatte unsere Jugend in ihrer Versammlung den Besuch des Hl. Nikolaus und seines getreuen Knechts Rupprecht. Dieser lobte und tadelte nicht nur unsere maderen Jungen sondern auch den anwesenden Verwaltungs- und Jugendvorstand. Zuletzt hatte Nikolaus doch für alle ein gutes Wort und leckere Gaben. Eine Kundgebung der Gesamtbewegung am Orte anlässlich der Gründung des DVB war von unseren Verbandskollegen zahlreich besucht. Desgleichen eine Verwaltungsstellenversammlung, die einen wertvollen Vortrag des Bezirksleiters Burgard hörte.

Kurse halten wir im Kartell gemeinschaftlich. Für Januar und Februar werden neben der Jahresversammlung folgen, eine weitere Frauenversammlung, noch ein Kinoabend, ein Jugend- und Elternabend und ein Winterfest. Einige besondere Werbesonntage sind schon vorgemerkt.

Das Gesamtergebnis ist, wir gehen voran. Aber Verbandskollegen, es darf nicht zum Stillstand kommen. Keine Feiertage, keine Kurzarbeit, keine Feierschichten, nein gar nichts darf uns im Vorwärtsschreiten mehr aufhalten. Ohren und Nacken steif und immer wieder ran an die, die zu uns gehören, aber noch abwärts stehen. Kollegen, trübt euch nicht selbst, es sei nichts zu machen und agitatorischer Erfolg nicht möglich. Daß es anders ist haben gerade die oben genannten Ortsgruppen und hat mancher Vertrauensmann nun bewiesen. Diesen Beispielen wollen wir folgen. Z.

Hamburg. Aus Anlaß des 20jährigen Bestehens des Christlichen Metallarbeiterverbandes hielt die Ortsgruppe Hamburg im großen Saale des Hotels „Mau“ eine Festversammlung ab. Die große Anzahl der Erschienenen legte Zeugnis davon ab, daß auch in Hamburg der Christliche Metallarbeiterverband immer stärkeren Eingang unter der Arbeiterschaft findet.

Nach einem von dem Kollegen Karl Fischer meisterhaft vorgetragenen Prolog, begrüßte der Vorsitzende, Kollege Tronitzer, die Erschienenen und ganz besonders den Festredner des Abends, den Reichsjugendleiter, Koll. Höcher. Nachdem dieser die Grüße des Hauptvorstandes übermittelte, betonte er, daß wir zusammengekommen seien um einer bedeutsamen und ernstesten Begebenheit, nämlich der Verbandsgründung festlich zu gedenken. Der heutige Tag bietet so recht die Gelegenheit, einmal in unser gewerkschaftliches Leben hineinzuschauen, zu untersuchen, ob unsere Arbeit Zweck hatte, ob die großen Opfer nicht vergeblich dargebracht wurden, ob wir in unserem Tun und Lassen und unserem ganzen Handeln auf dem richtigen Wege sind. Kollege Höcher untersuchte die Frage nach der Notwendigkeit der Gewerkschaften und vor allem der christlichen Gewerkschaften. Er wies nach, daß gerade der christliche Gedanke die stärkste Stütze der Arbeiterschaft sei.

Wir sind also auf dem richtigen Wege, wir wollen ihn weitergehen und unseren Ideen auf der ganzen Linie zum Siege verhelfen. Wir wollen mit unserer gewerkschaftlichen Arbeit uns selbst, unserem Stande und unserem Volke dienen.

„Meine liebe Luise“, begann ihr Vater, „ich bereitete dich schon gestern abend darauf vor, daß ich für den Gegenstand unseres heutigen Gesprächs deine ernste Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen muß. Du bist so gut erzogen und machst, wie ich zu meiner Freude hinzusehen darf, deiner Erziehung so viel Ehre, daß ich das größte Vertrauen zu deiner Vernunft habe. Du folgst weder augenblicklichen Impulsen noch hast du romantische Ideen, sondern bist gewöhnt, die Dinge von dem leidenschaftslosen Standpunkt der Vernunft aus ins Auge zu fassen. Von diesem Standpunkte allein wirst du auch die Angelegenheit betrachten und entscheiden, die ich dir jetzt vorlegen möchte.“

Er schwieg eine kleine Weile als ob es ihm lieb gewesen wäre, wenn sie etwas gesagt hätte. Aber sie sprach kein Wort.

„Liebe Luise, es hat jemand bei mir um deine Hand angehalten.“

Er schwieg abermals und wartete; aber sie erwiderte noch immer kein Wort.

„Man hat bei mir um deine Hand angehalten, Luise.“ wiederholte er noch einmal, etwas erstaunt, doch freundlich.

„Ich höre, was du sagst, Vater.“ gab sie zur Antwort, ohne die geringste Erregung zu verraten. „Du kannst dich darauf verlassen, daß ich dir mit Aufmerksamkeit zuhöre.“

„Nun“ entgegnete Mr. Gradgrind und fing an zu lächeln, nachdem er einen Augenblick nicht recht gewußt hatte, was er tun sollte. — „Du bist in der Tat noch leidenschaftsloser als ich geglaubt habe, Luise. Oder fände dich vielleicht der Antrag, den ich dir zu übermitteln habe, nicht ganz unvorbereitet?“

„Darauf kann ich nicht antworten bis ich ihn gehört habe. Aber vorbereitet oder unvorbereitet — jedenfalls möchte ich alles aus deinem Munde hören, Vater. Bitte, teile du mir alles mit.“

Es ist seltsam zu sagen, aber Mr. Gradgrind war in diesem Augenblick weit weniger gefaßt als seine Tochter. Er nahm ein Papiermesser zur Hand, drehte es um, legte es hin, nahm es wieder auf und mußte erst noch eine Weile die Klinge ansehen, ehe er fortzufahren vermochte.

„Was du da sagst, liebe Luise, ist vollkommen vernünftig. Ich habe es also übernommen, dir mitzuteilen, daß — genug, Mr. Bounderby hat

lebhafter Beifall belohnte diese Ausführungen und zeigte, daß es der Kollege Höcher verstanden hatte, die Zuhörer zu begeistern. So wird auch diese Versammlung dazu beitragen, dem Christlichen Metallarbeiterverband neue Freunde und Mitglieder zuzuführen. P. R.

Buchbesprechung

Ein Arbeiterroman

Unser Kollege Karl Tinhofer, früher Spengler, heute Sekretär für Bildungswesen im Leohaus (Hauptgeschäftsstelle der kath. Arbeitervereine Süddeutschlands), ist der Verfasser des jetzt, kurz vor Weihnachten erschienenen Romans „Lukas Hain“. (Verlag „Tyrolia“, in Ganzleinen gebunden 7.— RM., 560 Seiten.) Der erst 23 Jahre alte Autor hat sein Werk „den Menschen, die viel Lieb und Leid, eine große Sehnsucht und eine große Schuld verstehen mögen“, gewidmet. Der Roman spielt in Oesterreich der Heimat des Verfassers vor allem in der alten Eisenstadt Steyr, behandelt das äußere und innere Erleben einer Arbeiterfamilie, vor allem dasjenige des erstgeborenen Sohnes, des Titelhelden Lukas Hain. Der ernste, stolze, aber ungläubige Vater, die warmherzige und immerjüngende tiefreligiöse Mutter die jahrelang das Krankenbett hütet und in der größten Familiennot von dieser Welt scheidet, die aufopferungsvolle Tätigkeit des jungen Schülers Lukas für Eltern und die zahlreiche Geschwisterschar wird stark naturalistisch geschildert. Trotz der hingebenden Fürsorge der Mutter und eines sozialen Seelsorgers, entwickelt sich aus dem jungen Hain ein sich immer mehr und mehr der Religion entfremdender Tatmensch der nur in der Einigkeit des Proletariats und im Syndikalismus die Lösung der sozialen Frage erblickt, während der alte Hain schwer getroffen durch den Tod seiner Frau seinen Trost wieder im Glauben der Väter sucht und findet. Der junge Hain, Führer der Arbeiterschaft geworden, scheitert mit seinen Bestrebungen infolge der falschen Idee, seiner eigenen und der Gesellschaft Unzulänglichkeit, wird körperlich blind, aber innerlich im Glauben sehend.

Trotz der Eigenart des Stils, der an Handel-Mazzetti erinnert und dem reichsdeutschen Leser nicht immer genehm ist, packt der Autor den Leser infolge seiner dramatischen Gestaltungskraft, seiner teilweise glänzenden Sprache. Nicht alle Kapitel des Buches sind gleichwertig, bei manchen erscheinen Uebergänge und Schlussfolgerungen nicht ganz harmonisch. Wie vielfach in der modernen Literatur, bringt der Schluss des Romans keine Erlösung, sondern nur eine problematische Teillösung. Zur Gewerkschaftsfrage nimmt der Autor keine Stellung, wodurch sich für einfache Leser manche Unmöglichkeiten ergeben da der Roman in der Gegenwart spielt. Das vorliegende Werk ist „ein Arbeiterroman“, wie es der Verfasser nennt, es ist aber selber noch nicht der lang ersehnte christliche Arbeiterroman. Dieser müßte noch einfacheren, überzeugenderen Aufbau und Gestaltung eine flüssige Sprache, lebenswahren Optimismus zur christlich-sozialen Bewegung und eine dezente Behandlung des Liebeslebens aufweisen. Der Kollege Karl Tinhofer hat die Kraft, diesen Roman zu schreiben und wünschen wir ihm in seinem weiteren Wirken reichen Erfolg. Auch der Roman „Lukas Hain“, das erste große Werk Tinhofers, darf als ein schöner Erfolg für ihn gebucht und allen ernstdenkenden Gewerkschaftlern auf das wärmste empfohlen werden. W. Bosbach, München.

mich beauftragt, dir zu sagen, daß er deine Fortschritte mit besonderer Teilnahme und Freude überwacht und seit langem die Hoffnung gehegt hat, daß die Zeit endlich kommen möchte, wo er dir seine Hand bieten könnte. Und dieser Zeitpunkt auf den er so lange und mit so großer Beständigkeit gewartet ist, jetzt eingetreten. Mr. Bounderby hat bei mir um deine Hand angehalten und mir aufgetragen, dir seinen Antrag zu übermitteln sowie in seinem Namen die Hoffnung auszusprechen, daß du seine Wünsche in freundliche Erwägung ziehen würdest.“

Tiefe Stille zwischen den beiden. Die entsetzlich statische Uhr tickt laut und hohl. Der ferne Rauch sieht sehr schwarz und schwer aus.

„Glaubst du, daß ich Mr. Bounderby liebe, Vater?“ fragte Luise.

Mr. Gradgrind geriet durch diese unerwartete Frage in die größte Verlegenheit. „Ja, liebes Kind, das ist eine Frage, die — die ich — wirklich nicht zu beantworten vermag.“

„Oder“ fuhr sie genau in demselben Tone fort, „verlangst du, daß ich Mr. Bounderby liebe?“

„Nein, liebe Luise, nein. Ich verlange gar nichts.“

„Verlangt Mr. Bounderby, daß ich ihn liebe, Vater?“ fragte sie weiter.

„Es ist wirklich schwer, deine Fragen zu beantworten, liebes Kind —“ entgegnete Mr. Gradgrind.

„Sollte es so schwer sein, sie mit einem einfachen Ja oder Nein zu beantworten, lieber Vater?“

„Gewiß, liebe Luise, denn“ — hier war etwas zu demonstrieren, und nun fühlte er sich wieder in seinem Elemente — „denn die Antwort hängt wesentlich von dem Sinne ab, in welchem wir das Wort brauchen. Gewiß, sieht Mr. Bounderby dich und sich nicht so weit herab, um auf irgendwelche Phantasterei oder — was dasselbe ist — Sentimentalität Anspruch zu machen. Mr. Bounderby müßte dich nicht unter seinen Augen haben aufwachsen sehen, wenn er vergessen könnte, was er deiner geizigen Vernunft (von seiner eigenen gar nicht zu reden) schuldig ist und sich auf einen solchen Standpunkt zu dir stellen wollte. Deshalb scheint mir auch der Ausdruck — ich spreche das nur als meine Ansicht aus, liebe Luise — vielleicht in diesem Falle nicht ganz passend.“

(Fortsetzung folgt.)

Arbeitsrecht Sozialversicherung

Nummer 1

Duisburg, den 18. Januar 1930

Nummer 1

Rückzahlung von Lohnsteuer für 1929

Auch im laufenden Jahre besteht die Möglichkeit, unter bestimmten Voraussetzungen die im Jahre 1929 einbehaltene Lohnsteuer ganz oder zum Teil zurückerstattet zu erhalten. Einen Antrag auf Rückerstattung kann jeder Arbeitnehmer stellen, dem im Jahre 1929 mindestens 4 RM Lohnsteuer einbehalten wurden und der einen der folgenden Erstattungsgründe nachweisen kann:

1. Wer im Laufe des Kalenderjahres 1929 einen Verdienstausschlag gehabt hat, worauf der Verdienstausschlag zurückzuführen ist, ist unerheblich. In Frage kommen Arbeitslosigkeit infolge Krankheit, Streik, Aussperrung, Saisonarbeit, Kurzarbeit, Entlassung, freiwilliger Aufgabe einer Beschäftigung, Beginn einer Erwerbstätigkeit erst im Laufe des Jahres, Verbüßung einer Freiheitsstrafe und dergleichen.

Lohnsteuererstattung erfolgt für die ganze Zeit des Verdienstausschlages, jedoch nur für volle Wochen. Bei mehrmaligem Verdienstausschlag von kürzerer Dauer als einer Woche, sind sechs volle Arbeitstage einer Woche gleichzuachten. Selbstverständlich wird in keinem Falle mehr Steuer erstattet, als überhaupt einbehalten wurde.

2. Wenn im Kalenderjahr 1929 die steuerliche Leistungsfähigkeit infolge besonderer Verhältnisse wesentlich beeinträchtigt wurde. Als Verhältnisse dieser Art gelten insbesondere außergewöhnliche Belastung durch Unterhalt oder Erziehung der Kinder, durch Unterhalt mittelloser Angehöriger, auch wenn sie nicht zum Haushalt des Steuerpflichtigen zählen, durch Krankheit, Körperverletzung, Verschuldung, Unglücksfälle.

3. Wenn ohne Vorliegen der unter 1 und 2 bezeichneten Voraussetzungen im Jahre 1929 vom Arbeitslohn Steuerbeträge einbehalten worden sind, obwohl der Jahresarbeitsverdienst weniger betrug als die im Einkommensteuergesetz vorgesehenen Freibeträge betragen hat. Diese Freibeträge ergeben sich aus untenstehender Tabelle.

Der Antrag auf Steuerrückerstattung muß spätestens am 31. März 1930 beim zuständigen Finanzamt eingereicht sein. Später einlaufende Anträge bleiben unberücksichtigt. Dabei verwendet man am zweckmäßigsten Antragsformulare, die vom Finanzamt unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden. Ebenso ist vom Finanzamt ein Merkblatt unentgeltlich zu beziehen, das ausreichend Aufschluß gibt. Dem Antrag ist beizufügen die Steuerkarte für 1929 mit den geklebten Steuermarken oder mit einer Bescheinigung des Arbeitgebers über die einbehaltenen Steuer-

beträge, mit Bescheinigungen der Krankenkasse, des Arbeitsamts, des Verbandes, wenn Krankheit, Arbeitslosigkeit, Streik, Aussperrung die Ursache des Antrages sind.

Bei Anträgen wegen besonderer wirtschaftlicher Verhältnisse sind Rechnungen oder sonstige Belege beizulegen, um dem Finanzamt den Nachweis der wesentlichen Leistungsbeeinträchtigung zu erbringen.

Nachstehende Lohnbeträge bleiben von der Lohnsteuer frei:

Anzahl der Kinder:	Jahresfreibeträge bei Arbeitnehmern	
	mit Ehefrau:	ohne Ehefrau:
Keine Kinder	1320 RM	1200 RM
1 Kind	1440 "	1320 "
2 Kinder	1680 "	1560 "
3 Kinder	2160 "	2040 "
4 Kinder	2880 "	2760 "
5 Kinder	3840 "	3720 "
6 Kinder	4800 "	4680 "
7 Kinder	5760 "	5640 "
8 Kinder	6720 "	6600 "

Die Steuerrückerstattung beträgt für jede volle Woche des nachgewiesenen Verdienstausschlages:

Anzahl der Kinder:	Bei Arbeitnehmern	
	mit Ehefrau:	ohne Ehefrau:
Keine Kinder	2,00 RM	1,80 RM
1 Kind	2,20 "	2,20 "
2 Kinder	2,60 "	2,60 "
3 Kinder	3,55 "	3,55 "
4 Kinder	5,00 "	5,00 "
5 Kinder	6,95 "	6,95 "
6 Kinder	8,85 "	8,85 "
7 Kinder	10,75 "	10,75 "
8 Kinder	12,70 "	12,70 "

Bei Kriegs- und Zivilbeschädigten wird außerdem der Zuschlag berücksichtigt, der ihnen nach der Höhe ihrer Erwerbsbeschränkung bei der Bemessung der Freigrenze zusteht.

Wird ein Antrag vom Finanzamt abgelehnt, so kann binnen einem Monat nach Zustellung des Ablehnungsbescheids beim gleichen Finanzamt Einspruch eingelegt werden.

Wer im Zweifel ist, ob er einen Antrag auf Steuerrückerstattung einreichen soll oder nicht, der wende sich rechtzeitig an die Verwaltungsstelle des Verbandes, um sich Auskunft geben zu lassen.

Ungert.

Reichenspergers Vorstoß zur Sozialversicherung 1854

Peter Reichensperger war einer der treibenden Kräfte im preussischen Abgeordnetenhaus vor 1870 zur Sozialpolitik. Er gehörte seit 1849 zur katholischen Fraktion des preussischen Landtages und war einer der bedeutendsten Parlamentarier der späteren Zentrumspartei. Zusammen mit seinem Bruder August, der Mitglied des Frankfurter Parlaments 1848 gewesen war, suchte er die christlich-sozialen Ideen in die Praxis umzusetzen. Peter Reichenspergers Vorstoß von 1854 im preussischen Abgeordnetenhaus, für die Arbeiter eine Sozialversicherung einzuführen war damals eine unerhörte Tat. Der Kapitalismus hat sich mit Zähnen und Klauen dagegen gewehrt und erst rund 30 Jahre später gelang es, unter Führung von Reichensperger und Galen das zur Wirklich-

keit werden zu lassen, was 1854 der Freund Kettlers erreichen wollte. Wir bringen diese leider fast vergessene Tat zur Darstellung, um zu zeigen, wie intensiv sich seit je die christlich-sozialen Kräfte bemüht haben, das Los der Arbeiter und Armen zu verbessern. D. Red.



Wie der Reichstag im Jahre 1879 über den Antrag betreffend Altersversorgungs- und Invalidenklassen für Fabrikarbeiter verhandelte, konnte der Antragsteller dem damals schon hochbetagten Zentrumsabgeordneten Peter Reichensperger, wie die Kölnische Volkszeitung in einem Artikel vom 4. Januar 1930 schreibt, das Lob erteilen, daß er schon vor 25 Jahren im preussischen Abgeordnetenhaus die Einwendungen gegen die gesetz-

liche Einrichtung solcher Kassen und die zwangsweise Beteiligung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber schlagend widerlegt habe.

Durch die Beseitigung des Zunftzwanges waren größtenteils auch die zünftigen Hilfsklassen eingegangen. Darum suchte die preussische Gewerbeordnung von 1845 die freiwillige Bildung von Unterstützungskassen für Handwerker und Fabrikarbeiter anzuregen und ermächtigte überdies die Gemeinden, eine Beitragspflicht zu diesen Kassen für alle am Ort beschäftigten Gesellen und Arbeiter festzusetzen. Die oktroyierte Verordnung vom 3. Dez. 1849 ging noch einen Schritt weiter, indem sie verfügte, daß durch Ortsstatut auch die Arbeitgeber zur Teilnahme verpflichtet werden können. Aber diese Anregungen hatten keinen großen Erfolg. Nach der Berechnung P. Reichenspergers waren bis zum Jahre 1854 nur 230 Unterstützungskassen gegründet und nur bei einigen 60 eine Beitragspflicht der Arbeitgeber festgesetzt worden. Infolgedessen war die Armenpflege der Gemeinden über Gebühr in Anspruch genommen. Es ist nun das Verdienst P. Reichenspergers, die Blicke der Regierung auf diesen Uebelstand gelenkt und ihr ein Mittel zur Behebung der Kassengründung vorgeschlagen zu haben, dessen Anwendung dem gewünschten Ziel näherführte.

Am 19. Januar 1854 wurde ein Antrag von ihm verlesen, eine Kommission mit der Untersuchung der Frage zu beauftragen, ob und unter welchen Bedingungen die Gründung von Unterstützungskassen und die Beteiligung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einer Zwangspflicht erklärt werden könne. In den Motiven (Drucksachen d. II. K. 1853—1854 Nr. 65) macht er unter Vorlage eines Gesetzentwurfs den Vorschlag, die allgemeinen Bestimmungen für die Unterstützungskassen durch Normalstatut gesetzlich festzustellen, dessen Einführung in den dazu geeigneten Gemeinden auch ohne Antrag der Gemeindevorstände der Regierung anheimzugeben und nur hinsichtlich der näheren Detailbestimmungen dem Ortsstatut eine gewisse Einwirkung vorzubehalten. Die damalige konservative Regierung, die sogar zu einer Ueberspannung des staatlichen Fürsorgegedankens neigte, war mit einem eigenen entsprechenden Gesetzentwurf sofort bei der Hand. Die Kommission, zu deren Vorsitzenden und Berichterstatter Reichensperger gewählt wurde, schloß sich dem Grundgedanken an, indem sie vorschlug, daß beim Versagen der Gemeinden die Regierung die Gründung der Kassen vornehmen solle (Anlage Nr. 124). In den Motiven zu seinem Antrag, in dem Kommissionsbericht (Anlage Nr. 125) und als Berichterstatter bei der Verhandlung im Plenum am 2. März 1854, deren Ergebnis die Annahme des Kommissionsentwurfs war, hatte Reichensperger Gelegenheit, für seine Initiative einzutreten.

Er geht aus von der Forderung, daß der Ertrag der Arbeit dem Arbeiter auch in kranken Tagen seinen Unterhalt sichern müsse. Der bisherige Zustand beweist ihm, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann durch gesetzliche Einrichtung von Kassen mit zwangsweiser Beitragspflicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Analogie mit den damals schon bestehenden Knappschaftskassen. Da der Lohn der Arbeiter auch unter günstigen Verhältnissen den Lebensbedarf nicht erheblich übersteige, verspreche die private Sparfähigkeit wenig Sicherheit für die Zukunft, und sei ein Reservefonds für die Zeit der Arbeitsunfähigkeit nur „durch Herstellung einer künstlichen Einheit, d. h. durch das Prinzip der Assoziation der in gleicher Lage befindlichen Arbeiter zu erzielen.“ Dem Sinne Reichenspergers hätte eigentlich die freie Assoziation, wie in England, entsprochen, da für diese aber ein Verbot bestand, blieb nur die gesetzliche übrig.

Ebenso notwendig erscheint Reichensperger die zwangsweise Heranziehung der Arbeitgeber. Wenn er darin ein Äquivalent für die verhältnismäßig hohen Gewinne sieht, die der Staat damals dem Unternehmer durch das Verbot der Arbeiterassoziationen sicherte, so hat dieses Argument für die Gegenwart keine Bedeutung mehr. Ausschlaggebend ist auch für ihn schon, daß ohne die Zwangsbeteiligung der Arbeitgeber das erstrebte Ziel gar nicht erreicht werde.

Reichensperger hatte sich auch schon mit den noch heute üblichen Einwendungen zu beschäftigen. Eine Lohnverminderung



Peter Reichensperger



August Reichensperger

besürchtet er nicht, da er mit Ricardo der Meinung ist, daß sich der Lohn immer nach dem Lebensstandard richte, den die Arbeiterbevölkerung zu behaupten imstande sei. Eine wesentliche Verteuerung der Ware und nennenswerte Schädigung der Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland verneint er angesichts der verhältnismäßigen Niedrigkeit der damaligen Beiträge. Es taucht hier schon der Gedanke einer zwischenstaatlichen Regelung auf, wenn er es immerhin für wünschenswert hält, daß an die gleichmäßige Einrichtung solcher Kassen in allen Zollvereinsstaaten herangegangen werde. Die Einwände der Freihändler beantwortet Reichensperger mit der Bejahung des staatlichen Fürsorgegedankens insbesondere gegenüber dem am meisten gefährdeten Arbeiterstand, wenn er es auch ablehnt, dem Staat die „Rolle der Vorsehung für alles und jedes“ zu übertragen.

Der Name Peter Reichenspergers ist also bedeutsam mit dem Unterstützungskassengesetz vom 3. April 1854 verknüpft, das der Vorläufer erst viel später wieder aufgenommenen Bestrebungen, die Vorstufe unserer allgemeinen Zwangsversicherung ist. Diese Rolle Reichenspergers ist nicht verwunderlich, wenn man weiß, was ebenfalls fast vollständig vergessen ist, daß er schon 1847 in seinem groß angelegten Werk „Die Agrarfrage“ die sozialen Probleme der Industrie auf Grund eingehender Studien behandelt hat.

K. V.

Die Stellung der Kriegsbeschädigten im Wirtschaftsleben

Das Kriegsbeschädigten-Problem findet, parallel mit ihm das der Unfallbeschädigten, bei Beobachtung der gegenwärtigen Wirtschaftsorientierung und Produktionsmanier leider immer weniger überzeugtes Verständnis. Verdient, ja wohl ehrlich mehr verdient haben beide. Die einen, weil sie mit ihren gesunden, schaffensstarken Leibern der gigantischen Kriegsflut außerhalb unseres, wohl von jedem in seiner Art geliebten Vaterlandes einen undurchbrechbaren Wall vorbauten und dadurch unser Herz und Haus erhalten haben und die anderen, weil sie aus Existenzbejahung heraus der Wirtschaft im allgemeinen mit ihrer Arbeitskraft Bausteine für deren Fundament gaben. Es ist ja schon so oft auch an anderen Stellen und auch mit anderen Worten dieses gesagt und geschrieben worden, aber es kann gar nicht oft

genug wieder gesagt werden, um das öffentliche Gewissen nicht ganz einschlafen zu lassen. Wenn nun im Nachfolgenden nur von Kriegsbeschädigten die Rede sein wird, so deshalb, weil gerade ihre Fragen von den kommenden und gehenden Wirtschaftserschütterungen wohl mit am stärksten in Mitleidenschaft gezogen werden.

Daß Schwerkriegsbeschädigte und solche, deren Erwerbsminderungsgrade unter dem eines Schwerbeschädigten liegen, aber trotzdem den Schutz eines Schwerbeschädigten genießen, jedoch ohne gelblichen Ausgleich hierfür teilweise noch in den Betrieben geduldet werden und am verdienen sind, verdanken sie in der Hauptsache dem Schwerbeschädigtenchutzgesetz, nicht etwa dem aus seelischen Mitempfinden heraus entstehenden sozialen Verständnis. Denn in Vergangenheit und Gegenwart sind doch schon oft genug versteckte und offene Angriffe auf das Schwerbeschädigtenchutz-

geseh unternommen worden mit dem Endzwecke, alle nicht mehr voll konkurrenzfähige Kriegsbeschädigte zur gegebenen Zeit los zu werden. Dieses hat, natürlich ungewollt, eine freudige Begleiterscheinung gezeitigt, denn der eine oder andere Kriegsbeschädigte hat, in klarer Erkenntnis der Situation, sich nun einem Berufs- oder Zweckverband angeschlossen. Unternehmervertreter oben genannter Selbstziehung und ihnen untergeordnete Betriebsbeamte und -angestellte vermeinten nun, hierbei auch ein wenig mit in die Speichen greifen zu müssen, indem sie den von der gegnerischen Intelligenz angegriffenen Fragenkomplex vielfach zu rein persönlichen Angelegenheiten machten und heute noch machen. Mir ist ein Fall, der sich schon 1919 abspielte bekannt, in dem ein Vorgesetzter einen sechzigprozentigen Beschädigten von der Arbeitsstelle nach Hause jagte, weil er eine von ihm angetragene Arbeit auf Grund seines körperlichen Zustandes nicht ausführen konnte.

Obwohl der Beschädigte den Vorgesetzten darauf hinwies, daß er die Arbeit ausführen wolle, wenn er nur könne, denn er hatte sich schon einige Zeit früher an dieser Arbeit, die eine der bestentlohntesten im Betriebe war, versucht, mußte aber wegen seiner körperlichen Behinderung die Sache schließlich drangeben, wurde er doch wegen angeblicher Arbeitsverweigerung unter allerhand gerade nicht schmeichelhaften Worten nach Hause geschickt. Das einige Tage später „höheren Orts“ gesprochene Urteil in dieser Sache, das dem Vorgesetzten einen Verweis und dem Beschädigten den an dem fraglichen Tage entgangenen Verdienst einbrachte, hatte jedoch eine äußerst starke Nachwirkung, unter welcher der Beschädigte nachweislich noch heute zu leiden hat. In einem anderen Falle und Betrieb setzte man einen siebenzigprozentigen Beschädigten solange von einer Arbeit an die andere, es waren hierbei allerseits, bis der Betreffende kopf- und ratlos sich nach anderer Beschäftigung umsah, an die er auch unter äußerster

Bemühung gelangte, denn sein Kriegsleiden war ein inneres und man konnte es schon gut auf fünfzig Meter Entfernung an seinem äußeren Menschen ersehen. Dieses liegt nun schon acht bis zehn Jahre zurück, fällt also in die Zeit der ersten Nachkriegsjahre, in denen man doch noch einiges Verständnis für die Kriegesopfer hätte finden müssen; was kann man nun heute noch erwarten? Kriegsbeschädigte haben in steuerlicher Hinsicht das Recht, daß ihr steuerfreies Einkommen sich um soviel RM erhöht, als ihre Beschädigung in Prozent gesetzlich anerkannt ist. Dieses muß natürlich von der zuständigen Steuerbehörde auf der Steuerkarte dargetan und beglaubigt sein. Die Furcht, heute als Kriegsbeschädigter, also als nicht mehr Vollarbeitsfähiger auch nur in etwa erkannt zu werden, ist heute so groß, daß man von diesem Rechte vielfach keinen Gebrauch mehr macht und lieber laufend Monat für Monat einige RM Einkommen opfert. Man kann diese Wahrnehmung des öfteren bei Leichtbeschädigten machen, und es sei doch zwangsläufig einmal die Frage aufgeworfen, ob das Schwerbeschädigtenbeschützgesetz nicht zu einem allgemeinen Kriegsbeschädigtenbeschützgesetz ausgebaut werden könnte, das alle vor dem Gesetz anerkannte Kriegsbeschädigten erfasst und schützt. Günstig lautende Erfahrungen hat man in Betrieben und Unternehmen gemacht, wo mehrere Kriegsbeschädigte beschäftigt sind und die sich, nur für reine Beschädigtenangelegenheiten, ihren Vertrauensmann gewählt haben, der Hand in Hand mit dem etwa bestehenden Schwerbeschädigtenausschuß arbeitet, der wieder an den Betriebsrat angelehnt ist. Hiermit soll allerdings nicht gesagt sein, daß die Betriebsvertreter als solche in diesen Fällen den Kriegsbeschädigten gegenüber nicht ihre Pflicht und Schuldigkeit getan hätten, aber es gibt immer wieder, auch im Berufsleben, delicate Momente, in denen der seelische Kontakt für das Gelingen von allergrößtem Einfluß ist.

Vertrauensmann Kriegsbeschädigter D.

Arbeiter und Angestellte im Betrieb

Eine Aussprache

Schluß.

Mit den beiden folgenden Darlegungen schließen wir die Aussprache über dieses Kapitel. Ein paar Schlussbemerkungen der Verbandsredaktion in einer der nächsten Nummern werden folgen, um das Resümee zu ziehen. Wir hoffen, daß es bei dieser Aussprache nicht bleibt, sondern daß die Frage weiter aufgegriffen, durchgesprochen und zu einem praktisch günstigen Ergebnis gebracht wird. Der Aufstieg der Arbeitnehmer wird sich nicht einseitig, etwa der Arbeiter oder der Angestellten vollziehen, sondern nur in Gemeinsamkeit gegenüber dem Kapital vollziehen können.

Das Verhältnis der Arbeiter und Angestellten im Betrieb zu- und gegeneinander ist je nach Größe und Art des Betriebes ein grundverschiedenes. In den Großbetrieben kommen die höheren Angestellten, Direktoren und Procuristen wenig oder gar nicht mit dem Arbeiter in persönliche Berührung. Höchstens die Mitglieder des Betriebsrates haben dazu gelegentlich der Interessenvertretung der Arbeiterschaft Gelegenheit. Die Distanz wird anscheinend absichtlich möglichst groß gehalten, weil von den oberen Stellen alle Richtlinien und Maßnahmen, welche sich zu Ungunsten der Arbeiterschaft auswirken, ausgehen. Man will die unzufriedenen Gesichter nicht sehen und unliebsamen Nachfragen möglichst aus dem Wege gehen. Selbst der Weg zu den Betriebsdirektoren und Abteilungsleitern ist dem einzelnen Arbeiter fast ganz verbaut. Noch viel weniger kommt der Arbeiter natürlich gesellschaftlich mit den höheren Vorgesetzten in Berührung. Diese Distanz innerhalb des Betriebes zwischen Arbeiter und Angestellten macht sich im Lohn und Gehalt erst recht in geradezu erschreckender Weise bemerkbar. Es ist ein ungesunder Zustand, daß Angestellte in einem Monat bzw. in einem Jahr mehr verdienen, als ein Arbeiter in seinem ganzen Leben.

Die Zahl der Angestellten im Betrieb, sowohl der höheren wie der unteren, ist im Verhältnis zur Zahl der Arbeiterschaft im Betrieb viel zu groß. Die verschiedensten Statistiken der Gewerkschaften hierüber beweisen, daß trotz gewaltigen Abbaues der Arbeiterzahl im Betrieb, die Zahl der Angestellten sich wenig oder gar nicht verändert, ja sogar zum Teil noch erhöht hat.

Wenn es früher einem Arbeiter aus dem Betrieb noch möglich war, ins Angestelltenverhältnis zu kommen, Meister usw. zu werden, so ist das heute einfach fast ausgeschlossen.

In den mittleren und Kleinbetrieben ist das Verhältnis ein etwas günstigeres, insofern, als der Arbeiter in stetiger Berührung

mit dem Meister und zum Teil auch mit dem Betriebsleiter steht, je nachdem, ob er schematische oder Qualitätsarbeit macht.

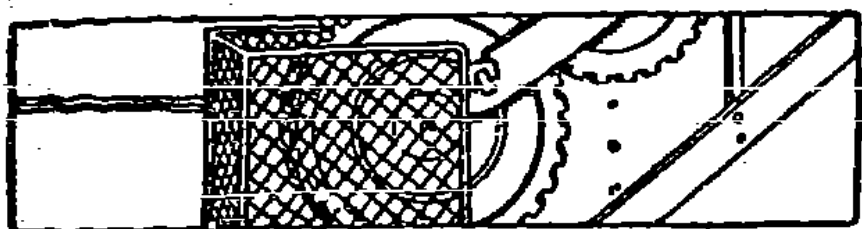
Aber auch hier macht sich schon die Ueberszahl der Angestellten und Leiter gegenüber der Arbeiterzahl stark bemerkbar. Die



Schwerverletzte
nur von **Kundigen aufnehmen**

Die Aufgaben der Unfallversicherung

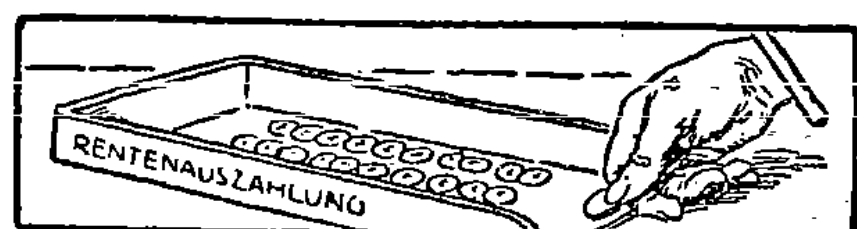
Verhütung!



Heilung!



Entschädigung!



Mehrangeestellten müssen sich verdient bezahlt machen und werden so zum Antreiber der Arbeiter.

In den Betrieben allgemein sind meistens neben den Meistern und Vorarbeitern auch noch sogenannte „Abbauminister“ ange stellt, die mit der Stoppuhr in der Hand die Arbeiter heimlich beobachten, ob nicht noch hier und da eine Minute am Akkord abgezogen werden kann.

All diese Aufseher, Antreiber, Kontroll- und Abbauminister wären überflüssig und das Geld, was dafür verausgabt wird, könnte zur Aufbesserung der Löhne verwandt werden, wenn man in der Behandlung des Arbeiters und seiner Arbeit von Grund auf sich anders einstellte.

Wenn fortwährend ein Aufpasser und Antreiber mit harten Worten hinter dem Arbeiter steht, wird sich eine gewisse Burschikosität bei ihm bemerkbar machen und die Lust und Freude an der Arbeit ist dahin. Und doch ist gute Laune, ein freundliches Gesicht und rechter Humor bei der Arbeit notwendig.

Der Vorgesetzte, der es versteht, mit freundlichem Gesicht, mit einem guten Wort seine Arbeiter anzufeuern, wird bestimmt dankbare Menschen finden und sich nie über schlechte Arbeit und geringe Leistungen zu beklagen haben.

Der richtigere Weg ist schon, daß die Organisation der Angestellten, sowohl wie auch die Organisation der Arbeiter, noch mehr als bisher Bildungsarbeit betreiben und in dem Sinne die Achtung und gesellschaftliche Anerkennung erziehen.

Andererseits müssen aber auch im Betrieb besonders die höheren leitenden Angestellten den Arbeiter weniger als Maschine und mehr als Mensch betrachten und behandeln und in diesem Sinne mehr auf ihre unteren Angestellten einwirken.

H. Hase, Dortmund.

Nach dem Lesen der Ausführungen von Herrn Dr. Striemer, Craminski (Breslau) und Gröne (Essen) muß ich doch zum Teil abweichen von ihren Ausführungen. Der Kollege Gröne (Essen) scheint mit aber der wahren Sachlage am nächsten gekommen zu sein, wenn er sagt: „Die allermeisten Angestellten lehnen es heute noch ab, sich mit dem Arbeiter gesellschaftlich auf eine Stufe zu stellen. Es gibt selbst Arbeiter genug, die sich schämen, im öffentlichen Leben als Arbeiter dazustehen.“

Die Gründe hierfür dürften nicht allzu schwer zu finden sein. Hat sich die Arbeiterschaft nicht selbst immer mehr außerhalb der bürgerlichen Gesellschaft gestellt durch ihre politischen Ziele und Betätigungen? Ich selbst lehne es ab, mich mit „Arbeitern“, wie man sie so oft bei Demonstrationen und Umzügen beobachten kann, von denen selbst der „Vorwärts“ anlässlich der Stadtverordnetenwahlen in Berlin von „Lumpenproletariat“ schrieb, auf eine Stufe zu stellen.

Hat nicht schon jeder von uns irgendeinen Fall erlebt, sei es im Verkehr auf der Straße, in der Bahn oder sonstwo, wo stets der Arbeiter sich durch sein „Benehmen“ ausgezeichnete und man gleich wieder (oft nicht ganz zu Unrecht) die Bemerkung hinnehmen mußte: „Da sieht man wieder den ungebildeten Arbeiter“. Die allgemeine Ansicht anderer Kreise wird aber auf die gesamte Arbeiterschaft (mit wenigen Ausnahmen) übertragen.

Ich bin nun der Meinung, daß man diese Frage zunächst überhaupt nur von der seelischen Seite aus anpassen kann, und zwar dadurch, daß man die Arbeiterschaft erst mal zu gegenseitiger Achtung untereinander erzieht.

Allerdings ist hier auch unter den Angestellten, von der seelischen Seite aus gesehen, noch manches „reformbedürftig“ und gilt es hier, die Borniertheit, den Dünkel zu beseitigen.

Aber bleiben wir zunächst bei uns, sehen wir die Dinge wie sie wirklich liegen und treiben wir keinen Selbstbetrug.

Ich glaube nicht nötig zu haben, hier die oft „liebenswürdigen“ Anreden und Ausdrücke, die wohl jeder von uns kennt, aufzuzählen, die man fast täglich zu hören Gelegenheit hat. Ich glaube auch nicht, daß es da jemand wagt, noch von gegenseitiger Achtung zu reden. Wo aber nicht einmal Achtung untereinander besteht, wo soll da die Achtung vor anderen, gar höhergestellten

Mitmenschen herkommen? Es wird in dem Angestellten, ob Meister oder Techniker oder sonstwer, nur ein „Werkzeug des Kapitals zur Ausbeutung der Arbeiterschaft“ gesehen und als solches bekämpft werden, nicht der „auch um sein Brot ringende Mitmensch“. Wir müssen als Arbeiter zunächst Achtung vor uns selbst haben.

Wenn wir so weit sein werden, daß ein Kollege im andern auch den Mitmenschen sieht, dem er Achtung schuldet, wird es kein Kopfschütteln mehr geben und keine Wortklauberel, ob „Arbeiter“ oder „Werkstätige“, sondern wir werden in jedem Angestellten wie in jedem Kollegen den uns gleichgestellten, aber auch gleichwachtenden Mitmenschen sehen. Hierzu aber ist Selbsterziehung unbedingte Notwendigkeit.

Daß auch ich es für selbstverständlich, nein, es sogar für eine Hauptaufgabe halte und mich stets dafür eingesetzt habe und weiterhin einsetzen werde, daß der Arbeiter in bezug auf Arbeits- und Invalidenschutz die gleichen Rechte hat wie jeder andere Staatsbürger, bedarf keiner besonderen Betonung.

R. Krüger, Berlin.

Bekanntmachung

Sonntag, den 19. Januar ist der 4. Wochenbeitrag fällig.

Inhaltsverzeichnis

Der Deutsche Metallarbeiter. Hauptteil:

Klare Fronten und Forderungen 1930 (G. W.), S. 33. Belastungen der Wirtschaft und Arbeiterschaft (Wbr.), S. 35. Nach dem Erfolg erst recht vorwärts in der Agitation (Vertrauensmann Josef Jennemann, Repe), S. 36. Die außerhäusliche Erwerbstätigkeit der verheirateten Frau (K., Amberg), S. 37. Zur Erneuerung der deutschen Eisenverbände (D. D.), S. 38.

Umschau:

Katholische Kirche und christliche Gewerkschaften (...), S. 39. Umformungen in der christlichen Gewerkschaftspressen (...), S. 39. Das Versagen der Heizungsanlage im Arbeitsraum bei Frostwetter, S. 40. Versagen des elektrischen Stromes und Lohnzahlung, S. 40.

Branchenbewegung:

Aus dem Leben des Kranführers (Kranführer L., Bochum), S. 40.

Aus den Betrieben:

Staffelung der Akkordpreise nach dem Alter (Dettler, Werdohl), S. 41. Die Tariffbewegung im Siegerland (...), S. 42.

Verbandsgebiet:

Rheinhausen (S.), S. 43. Essen (A.), S. 43. Gelsenkirchen-Buer (S.), S. 43. Hamburg (P. R.), S. 44.

Unterhaltung:

Harte Zeiten (Charles Dickens), S. 41.

Buchbesprechung:

Ein Arbeiterroman, S. 44.

Arbeitsrecht — Sozialversicherung:

Rückzahlung von Lohnsteuer für 1929 (Ungert), S. 45. Reichenspergers Vorstoß zur Sozialversicherung 1854 (K. D.), S. 45. Die Stellung der Kriegsbeschädigten im Wirtschaftsleben (Vertrauensmann Kriegsbeschädigter D.), S. 46. Arbeiter und Angestellte im Betrieb (S. Hase, Dortmund; R. Krüger, Berlin), S. 47.

Bekanntmachung:

Seite 48.

Schriftleitung: Georg Wieber. — Verlag: Franz Wieber, Duisburg, Stapeltor 17. — Druck: Echo-Verlag und -Druckerei, e. G. m. b. H., Duisburg.